



SCHWEIZER REVUE

Die Zeitschrift für Auslandschweizer
Juli 2019



**Die Schweizer Jugend
heizt die Klimadebatte an**

**Verblüffung im Emmental:
Schweizer Käse ist musikalisch**

**E-Voting im Gegenwind:
Die Zahl der Zweifler steigt**



Herausgeberin der «Schweizer Revue» ist die Auslandschweizer-Organisation (ASO).

FDP

Die Liberalen
International

libéral et
Liberté ouvert
Progresso
au monde
liberal and
Fortschritt
liberal und open to
Liberté
Coesione
Gemeinschaft
ed Freiheit
avert weltoffen the world
liberali e
aperti
Innovation
al mondo

Wir engagieren uns. Für die 5. Schweiz. Für den bilateralen Weg!

Gemeinsam weiterkommen.

Unsere Kandidaten und unser Manifest auf:
www.fdp-international.ch



SVP International Für Sie da – vor und nach den Wahlen!

Wir stehen für

- ✓ Internationales Denken statt EU-Hörigkeit
- ✓ Gewährleistung finanzieller Sicherheit für Auslandschweizer
- ✓ Ausreichende konsularische Betreuung
- ✓ Abstimmen aus dem Ausland ohne Risiko

Wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten von SVP International!

Wir wahren die Schweizer Interessen in der Heimat!



Herzlichen Dank, Ihre

Inge Schütz
Präsidentin SVP International



www.svp-international.ch
info@svp-international.ch

IBAN CH 24 0900 0000 3002 8639 7
Optingenstrasse 1
CH-3013 Bern



www.asn.ch

Schatz, deckt uns denn unsere
Krankenversicherung auch hier oben?

Wir prüfen Ihre Auslandsrankenversicherung und helfen Ihnen dabei, den für Sie optimalen Versicherungsschutz zu finden.

Rufen Sie an: T +41 43 399 89 89.
Oder schreiben Sie uns eine E-Mail:
info@asn.ch



ASN, Advisory Services Network AG · Bederstrasse 51 · 8027 Zürich · Schweiz

Ornithologische Beobachtung

- 5 Briefkasten
- 6 Schwerpunkt
Tausende Jugendlicher fordern eine konsequente Klimapolitik
- 11 Kultur
Schweizer Käse mag Hip-Hop
- 12 Gesellschaft
Die Stadt Genf rückt näher an ihren See
Premiere: Das Oberste Gericht annulliert eine Volksabstimmung
- 14 Politik
Klarer Fall: Die Schweiz verschärft ihr Waffenrecht
Dauerthema: Das Ringen um die Altersrenten ist nicht zu Ende
- 17 Literaturserie
Heinrich Anacker? Der Schweiz ist ihr «erfolgreichster» Lyriker peinlich
- 18 Politik / Wahlen 2019
Dem E-Voting bläst ein kühler Wind entgegen
Bei der Parteienfinanzierung herrscht wenig Transparenz
- 22 ASO-Informationen
- 26 news.admin.ch
Wissenswertes zu den nahenden Parlamentswahlen
- 28 Gesehen
Die monumentalen Bilder des Künstlers Franz Gertsch
- 30 Gelesen / Gehört
- 31 Herausgepickt / Nachrichten



Ornithologe bin ich nicht. Aber ich mag Vögel. Am liebsten die frei fliegenden und nicht jene im Käfig. Einem Vogel bin ich kürzlich zum allerersten Mal begegnet, frühmorgens, in den bernischen Voralpen. Ein lauter, merkwürdig kullernder Klang beendete die Stille. Was war das? Auf einer nahen Anhöhe zeigte sich dann – ein stolzer Birkhahn, *Lyrurus tetrix*. Bläulich-schwarz glänzte sein Prachtsgefieder, weiss

leuchteten die Schwanzfedern, rot der Kamm. Er beschallte den weiten Talkessel mit seinem Ruf. Dann flog er auf und davon. Für mich war es ein Glücksfall. Das Tier wird als potenziell gefährdete Art auf der Roten Liste geführt und ist auf der Nordseite der Schweizer Alpen so rar geworden, dass ich nicht damit rechnen durfte, seinen Weg zu kreuzen. Es ist nicht neu: Die Artenvielfalt ist auch in der Schweiz arg unter Druck.

Mit geschützten Tieren beschäftigte sich derzeit auch das schweizerische Parlament. Es will bisher streng geschützte Tierarten zum Abschuss freigeben. Noch wird über die Frage gestritten, ob Wolf und Biber neu ins Visier genommen werden dürfen – oder doch eher Wolf und Luchs. Vorgeschlagen wurde im Zuge der Debatten auch, den Schutz des Graureihers, des Gänsejägers und der unscheinbaren Waldschnepfe zu lockern. Auch unser Birkhuhn bereicherte den Disput. So wurde im Ständerat die Frage aufgeworfen, warum der Bund gefährdete Spezies – unter anderem eben das Birkhuhn – auf die Rote Liste setzt und dann gleichzeitig deren Dezimierung erlaubt.

Erst schützen, dann dezimieren: Das ist natürlich eine grobe Zuspitzung. Aber nicht nur: Je widersprüchlicher etablierte Politik erscheint, desto unverständlicher wirkt sie für Aussenstehende. Vielleicht trägt genau dies dazu bei, dass derzeit Schülerinnen und Schüler zu Tausenden auf die Strasse gehen. Sie fordern dort lautstark eine konsequente Klimapolitik, denn nur so lasse sich ein fataler Verlauf des Klimawandels abwenden. Der bisherigen Politik trauen sie offensichtlich wenig zu.

Ornithologisch betrachtet lässt sich sagen: An Streiktagen klingt es in den Innenstädten wie in einer lärmigen Voliere. Aber die alten Hasen im politischen Betrieb reagieren zunehmend auf das jugendliche Gezwitzschere: Die meisten Schweizer Parteien sind angesichts der nahenden Wahlen im Begriff, sich selbst eine Grünfärbung zu verpassen. Grund genug für die «Schweizer Revue», genauer hinzuhören und der Frage nachzugehen: Wie ticken eigentlich die jungen Menschen, die da vorab marschieren (Seite 6)?

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Titelbild: Die jugendliche Klimaaktivistin Wirada Läderach während einer Kundgebung in Bern. Foto Danielle Liniger

Verfolgen Sie den Auslandschweizer-Kongress live!



Vom 16.-18. August 2019 findet der 97. Auslandschweizer-Kongress in Montreux statt. Verfolgen Sie die Sitzung des Auslandschweizer-rates und die Plenarversammlung als Live-Stream auf www.aso.ch.



«SCHWEIZER REVUE» – MIT DREI KLICKS ZUR APP!



Holen Sie sich die «Schweizer Revue» gratis als App! Es ist ganz einfach:

1. Öffnen Sie auf Ihrem Handy oder Tablet den Appstore
2. Geben Sie den Suchbegriff «Swiss Review» ein
3. Klicken Sie auf Laden und Installieren – fertig!



MIET-PW, MIET-Camper, MIET-4x4

Ilgauto ag, 8500 Frauenfeld
200 Autos, 40 Modelle, ab Fr. 500.-/MT inkl. 2000Km



Tel. 0041 52 7203060 / www.ilgauto.ch

Internationale Krankenversicherungen

Umfassende, weltweite Deckung u. unbeschränkte Arzt- und Spitalwahl

**SIP SWISS INSURANCE
PARTNERS®**

Tel. +41 44 266 61 11
info@sip.ch

Kompetenz. Erfahrung. Unabhängige Beratung.

www.sip.ch

Abonnieren Sie den Newsletter der
Auslandschweizer-Organisation
(ASO) und bleiben Sie informiert,
egal wo Sie sind.



www.aso.ch/de/information/newsletter

Der fast zu erfolgreiche Schweizer Zivildienst



Wenn in einem Restaurant das Schnitzel nicht bestellt wird, weil die Pasta besser schmeckt, kann es nicht Ziel des Wirtes sein, die Pasta weniger schmackhaft zu machen. Nein, er muss der Ursache auf den Grund gehen, warum das Schnitzel nicht bestellt wird – und dieses verbessern. Also: Die Regierung in der Schweiz müsste sich bereits seit mehreren Jahrzehnten

dringend überlegen, welches jetzt und in Zukunft die Aufgaben einer Armee in der Schweiz sind, und diese dann derart umbauen, dass sie wieder an Attraktivität gewinnt. Ja, ich habe vor über zwanzig Jahren auch Zivildienst gemacht, und zwar genau auch deshalb, weil ich nicht «mit dem Gewehr eine Brücke bewachen wollte». Schon damals war für mich der Militärdienst sehr unattraktiv im Vergleich mit den Aufgaben eines Zivi.

TOBIAS MUNZ, HAMBURG, DEUTSCHLAND

Ich habe beide Seiten gesehen. Ich habe meine Rekrutenschule (RS) als Sanitäter gemacht. Leider war unseren Vorgesetzten Sachen wie Zimmerordnung und Strammstehen oder uns grundlos anzubrüllen weit wichtiger als die Ausbildung zum Sanitäter. Darum konnten die meisten nach der RS nicht einmal einen anständigen Verband anlegen. Darum habe ich dann in den Zivildienst gewechselt. Ich habe diverse Zivildienst-Einsätze an verschiedenen Orten gemacht. Dabei konnte ich jeden Tag etwas bewegen und habe auch sehr viel gelernt. Ich komme daher zum eindeutigen Schluss, dass meine Zeit beim Zivildienst eindeutig ein Dienst am Vaterland war, meine Zeit beim Militär hingegen war es eindeutig nicht.

MARCEL ELLENSTEIN, ZÜRICH

Lucens, der schmelzende Schweizer Reaktor



In der «Schweizer Revue» lese ich, dass es 1969 im Atomreaktor von Lucens zu einem GAU, einer Kernschmelze, gekommen ist. Das war mir nicht bewusst: Vielen Dank also für Ihre Aufklärung! Der Fall weckt eigene Erinnerungen.

So wurde 1964 mit aller verfügbaren politischen Macht versucht, im St. Galler Rheintal in Rüthi – beim Hirsensprung – ein Atomkraftwerk durchzudrücken. Die damaligen Argumente: zwingende Notwendigkeit, genügend Kühlwasser aus dem Rhein, Schadensbegrenzung im Unglücksfall, da zur Hälfte das unmittelbar benachbarte Österreich betroffen wäre. Als aktiver Gegner solcher Pläne wurde man verunglimpft: als Landesverräter, Nestbeschmutzer, Fortschrittsverweigerer. Das war nicht mehr meine Schweiz und einer der Gründe, ins Ausland zu gehen.

HANSPETER WIDRIG, STEIN, DEUTSCHLAND

Das verschärfte Schweizer Waffenrecht



Mir sind die Ähnlichkeiten zwischen den USA und der Schweiz aufgefallen und ich habe realisiert, dass wir viele Probleme teilen, z. B. Waffenkontrolle und Handel. Wie in der Schweiz garantiert auch unsere Verfassung das Recht

auf Waffenbesitz. Es gibt hier viele, die dieses Recht abschaffen oder stark regulieren möchten. Bitte denkt daran, dass jedes Land, das seinen Bürgern die Waffen wegnahm, sie zuerst registrierte. Ich war erstaunt und enttäuscht, dass ihr euch in dieser Sache den Wünschen der EU anpasst. Ich bitte meine Schweizer Freunde dringend, alle weiteren Versuche der EU, euch eure Souveränität und Unabhängigkeit zu nehmen, zurückzuweisen.

TED GROB, GRAFTON, USA

Wahlrecht für Auslandschweizer unter Druck

Ich sehe das Wahlrecht für Auslandschweizer gleich wie die meisten Leserbriefschreiber. Ich lebe seit 48 Jahren in Kanada und bin kanadischer Staatsbürger. Auch wenn ich gerne in Betracht ziehen würde, zurück in die Schweiz zu ziehen (Genf, wo ich aufgewachsen bin), glaube ich nicht, dass ich es mir angesichts der dortigen hohen Lebenskosten mit meiner hiesigen Rente leisten könnte.

Deshalb denke ich, obwohl ich die News aus der Schweiz genau verfolge und die Abstimmungsunterlagen lese, die ich erhalte, dass es falsch wäre, wenn meine Stimme zu Themen gehört würde, die mich nicht betreffen und nie betreffen werden. Auch kann ich nicht behaupten, dass ich die Themen immer vollständig verstehen würde, ohne dort zu leben.

WERNER HOHLER, WINNIPEG, CANADA

Konsularische Dienstleistungen
überall, komfortabel auf Ihren mobilen Geräten


 Guichet en ligne DFAE
 Online-Schalter EDA
 Sportello online DFAE
 Online desk FDFA

www.eda.admin.ch Athen (2019)

© Babu Widrigand



WAHLEN
2019

«Endlich etwas zum Ausdruck bringen»

Sie haben kein Stimmrecht. Trotzdem werden die Schweizer Schülerinnen und Schüler wohl den Ausgang der Parlamentswahlen vom Herbst mitbestimmen. Zu Tausenden streiken sie für eine konsequente Klimapolitik und wollen damit die ihrer Meinung nach schläfrige Politik wecken. Wie ticken die jungen Menschen, die vorneweg marschieren?



MARC LETTAU, REPORTAGE
THEODORA PETER, PARTEIENUMFRAGE

Es ist wieder Freitag, ein Schultag. Trotzdem ziehen massenhaft Schülerinnen und Schüler lärmend durchs Stadtzentrum. Weil sich solches seit Monaten in vielen Städten wiederholt, kennen Passanten inzwischen den Grund: Da streikt die Schülerschaft. Sie bleibt dem Unterricht fern und fordert auf der Strasse lautstark per sofort eine griffige Klimapolitik. Die Jüngeren sind kaum zwölf, die grosse Menge sind Teenies. Inzwischen machen Mitzwanziger aus den Universitäten mit. Unter die Menge mischt sich zunehmend die Generation der Grosseltern, etwas zögerlicher jene der Eltern. 50 000 haben am schweizweiten Klimastreik vom 15. März 2019 teilgenommen. Zwei Monate später, am 24. Mai, waren es trotz Maturitätsprüfungen wiederum Zehntausende. Die Bewegung lässt sich weder übersehen noch überhören.

«So darf es nicht sein»

Doch was treibt die juvenile Streikbewegung an? Die Frage geht an ein Trio aus dem Kanton Bern. Da ist zunächst der Thuner Schüler Linus Dolder (16). Er schildert, wie sehr die Kraft der Bilder sein Engagement antreibe. Wenn er in den Winterferien auf 2000 Metern Höhe im T-Shirt auf eine braune und bloss von weissen Kunstschneebändern durchzogene Landschaft blicke, dann werde ihm «auch ohne dreissig, vierzig Jahre Lebenserfahrung bewusst, dass es so nicht sein darf».

Sophie Feuz (16) wiederum, Schülerin aus Bern, stellt nicht die «sowieso unbekannt Zukunft» in den Fokus, sondern die unerträgliche Gegenwart: «Schon wegen dem heutigen Zustand verlieren Menschen ihre Lebensgrundlage, sterben Tierarten aus, verschwinden die Gletscher in den Alpen.» Es sei bedrückend, innerhalb des eigenen, kurzen Lebens – «und ein



Linus Dolder: «Man kann doch gar nicht anders, als etwas zu ändern. Vegetarier werden, nicht mehr zu fliegen, mehr Velo zu fahren.»

Foto Danielle Liniger

Leben ist ja nur ein Wimpernschlag» – so viel Niedergang zu erfahren.

Wirada Läderach (15) aus Belp schliesslich nennt gleich drei Gründe fürs Streiken. Erstens die Furcht vor dem «ganz grossen Chaos», das drohe, wenn jene in Not durch den Klimawandel noch stärker unter Druck geraten. Zweitens die frustrierende Erfahrung, «dass jene, die unsere Zukunft in den Händen halten, nicht handeln wollen». Und drittens sei mit den Streiks eine Möglichkeit gefunden worden, «endlich etwas zum Ausdruck zu bringen, das uns schon lange beschäftigt».

Alles, und zwar subito

Die streikende Klimajugend ist aufmüpfig im Ton und verblüffend wohl-



«Wir konsumieren mega viel und mega billig», sagt Sophie Feuz. Man müsse für weniger Konsum und für Kostenwahrheit eintreten.

Foto Danielle Liniger

Wirada Läderach: «Wir sind keine Bewegung, die Angst verbreiten will. Wir wollen, dass vieles hinterfragt wird.»

Foto Danielle Liniger

erzogen im Auftritt: Die Polizei eskortiert die aufmarschierenden Mengen jeweils sichtlich gelassen. Eher keck als konkret ist der Forderungskatalog. Zuerst kommt Grundbefindlichkeit zum Ausdruck, wenn Zwölfjährige ihr gestalterisch verunglücktes Banner stolz vor sich hintragen; es trägt die Aufschrift: «Das Klima ist noch mehr Scheisse als unser Plakat.» Als Hauptforderung steht «eine Schweiz mit netto null Treibhausgasemissionen bis



ins Jahr 2030» im Mittelpunkt. Und als erster Schritt hin zu «Klimagerechtigkeit» gelte es, die Krisenlage zu erkennen und den «Klimanotstand» auszurufen.

Das färbt auf die etablierte Politik ab. Im Februar hiess das Kantonsparlament von Basel-Stadt eine Klima-Resolution gut und rief damit den «Klimanotstand» tatsächlich aus. Obs ein Symbolakt zur Ruhigstellung der Schülerschaft bleibt oder der Auftakt einer neuen politischen Prioritätensetzung wird, bleibt vorerst unklar. Inzwischen haben sich auch Städte wie Olten (SO) und Delsberg (JU) sowie der Kanton Waadt zu klimatischen «Notstandsgebiete» erklärt.

Anzeichen für politische Klima-veränderungen lieferten Anfang Jahr kantonale Wahlen. Im März haben im

Kanton Zürich die klimapolitisch pointierte Grüne Partei sowie die Grünliberalen ihren Wähleranteil von zusammen 14,8 Prozent (2015) auf neu 24,8 Prozent gesteigert. Für helvetische Verhältnisse ist dies eine enorme Verschiebung. Sie erfolgte übrigens auf Kosten der rechtsbürgerlichen SVP sowie der Freisinnigen. Die daraufhin folgenden Parlamentswahlen in den Kantonen Baselland und Luzern lieferten ähnliche Bilder. Den Zürcher Wahlen kommt aber besondere Bedeutung zu, weil diese in der Vergangenheit ein verlässlicher Gradmesser für die später im Jahr folgenden nationalen Wahlen waren. Die meisten Politologen mutmassen deshalb: Am 20. Oktober könnte sich das Bild – grüne Erfolge, rechtsbürgerliche Baisse – wiederholen.

Wie beurteilen die Streikenden den Wahlherbst? Sophie Feuz: «Ich traue uns zu, die Wahlen massgeblich zu beeinflussen.» Sie schiebt ein «falls» nach: «Falls das Interesse der Jugendlichen nicht verebbt.» Einigen Gleichaltrigen genüge nämlich der «einmalige Einsatz» auf der Strasse: «Anderseits sind wir doch jedesmal mehr, die

mitmachen.» Noch mehr würde sie der Bewegung zutrauen, wenns auf nationaler Ebene ein Stimmrecht ab 16 Jahren gäbe. Mit 16 seien viele politisch wesentlich interessierter als mit 20, sagt sie: «In der Schule wird unsere Mündigkeit gefördert. Viele Jugendliche sind mega gut orientiert.» Kaum aus der Schule, fehle aber jegliche «Bühne», die eigene Mündigkeit weiterzuentwickeln. Da verfliege die Motivation, am politischen Leben zu partizipieren, recht rasch.

Die FDP korrigiert, die SVP hofft

Die beiden grössten bürgerlichen Parteien, SVP und FDP, reagieren ganz unterschiedlich auf das Phänomen Klimastreik und dessen Breitenwirkung. FDP-Parteipräsidentin Petra Güssi will gestützt auf eine Befragung der Basis der wirtschaftsliberalen Par-

FDP vor grünem Kurswechsel

78 Prozent der FDP-Mitglieder wünschen sich mehr Engagement der Partei für Umwelt und Klima. Dies zeigt eine parteiinterne Umfrage, die FDP-Präsidentin Petra Güssi in Auftrag gegeben hat. So spricht sich die Basis etwa für eine Abgabe auf Flugtickets aus und ist zudem dafür, dass die Schweiz die CO₂-Emissionen mehrheitlich im Inland reduziert. Gegen beide Anliegen hatte sich die FDP-Fraktion im Parlament bislang gesperrt. Zunächst soll der Kurswechsel in ein neues Positionspapier münden, das Forderungen zu den Bereichen Wohnen, Verkehr, Arbeit/Bildung und Natur enthält und als Richtschnur für die FDP-Politik der nächsten Jahre dienen soll. Offen bleibt, ob der Kurswechsel der Partei bei den nationalen Wahlen grünen Rückenwind verleihen wird.

Politisches Gewicht: 33 Sitze im Nationalrat, 13 Sitze im Ständerat, 2 Sitze im Bundesrat.

Klimapolitik der FDP: ogy.de/fdp-klima

BDP setzt auf Gletscher-Initiative

Wie die CVP unterstützt auch die BDP ein griffiges CO₂-Gesetz. Nach dem Scheitern der Vorlage im Nationalrat wollte die Partei ursprünglich eine eigene Volksinitiative lancieren. Dies mit dem Ziel, in der Schweiz ab 2040 keine Neuwagen mit Verbrennungsmotoren mehr zuzulassen. Die Idee einer solchen Mobilitätsinitiative liess die Partei später fallen und unterstützt stattdessen die breit abgestützte Gletscher-Initiative, welche die Ziele des Pariser Klimaabkommens in der Verfassung verankern will. Damit bündelt die BDP die Kräfte und präsentiert sich als pragmatische und lösungsorientierte Partei – getreu dem Wahlmotto «Langweilig, aber gut». Mit dem Verzicht auf eine eigene Initiative dürfte es für die BDP im Wahlherbst nicht einfach werden, mit der Klimafrage zu punkten.

Politisches Gewicht: 7 Sitze im Nationalrat, 1 Sitz im Ständerat.

Klimapolitik der BDP: ogy.de/bdp-klima

SVP warnt vor «Klimahype»

Bei der SVP steht die Klima- und Umweltpolitik nicht zuoberst auf der Prioritätenliste. Die Partei positioniert sich vielmehr als Gegenpol zum «Klimahype», der zu einem «linken Verbotswahn» führe. Die Volkspartei setzt vielmehr auf Freiwilligkeit und Eigenverantwortung. Sie wehrt sich gegen jegliche neuen Abgaben und Gebühren, befürwortet aber in der Klima- und Umweltpolitik steuerliche Anreize, zum Beispiel bei Gebäudesanierungen. Insbesondere lehnt die SVP einen Alleingang der Schweiz bei der Halbierung der CO₂-Emissionen bis 2030 ohne international verbindliche Beschlüsse aller Staaten ab. Im Hinblick auf die nationalen Wahlen vom 20. Oktober setzt die SVP auf nicht-grüne Wählerschichten und positioniert sich dabei als Lobby für Autofahrer und gegen Beschränkungen der Mobilität.

Politisches Gewicht: 66 Sitze im Nationalrat, 5 Sitze im Ständerat, 2 Sitze im Bundesrat

Klimapolitik der SVP: ogy.de/svp-klima

tei einen grünen Kurs verpassen. So fordert neu auch die FDP eine CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel. Doch Güssi spürt Gegenwind. So stichelte Parteileitungsmitglied Christian Wasserfallen, die «Umfärbung» einer Partei bringe nichts. Wer grün wählen wolle, gebe lieber «dem Original» die Stimme, also den Grünen.

Weit kniffliger ist die Lage für die SVP. Ihr nähme man die plötzliche Grünfärbung nicht ab. Also setzt sie zuerst aufs Prinzip Hoffnung: Man behalte den Kurs bei, denn im Herbst sei das Klimathema ja womöglich wieder vom Tisch, versicherten SVP-Exponenten nach den verlustreichen Kantonswahlen. Das glaubt zumindest ein Teil der traditionellen Basis – etwa die vom Klimawandel herausgeforderten Bauern – aber gar nicht. Die SVP-Spitze ist deshalb dazu übergegangen, sich dezidiert gegen die Klimajugend

CVP als Mehrheitsbeschafferin



Als einzige bürgerliche Bundesratspartei hat die CVP letztes Jahr im Nationalrat griffige Massnahmen im CO₂-Gesetz unterstützt. Grüne Anliegen hat sich die Partei schon früher auf die Fahne geschrieben – zuletzt mit der Unterstützung der Energiewende. Nach dem Scheitern des CO₂-Gesetzes im Nationalrat will die Partei nun eine führende Rolle für eine neue mehrheitsfähige Vorlage übernehmen. Im Hinblick auf den Wahlherbst punkten will die CVP als «einzige bürgerliche Partei, die sich konsequent für den Umweltschutz einsetzt». Damit grenzt sie sich von SVP und FDP ab, die bisher nichts von CO₂-Reduktionszielen im Inland wissen wollten. Auch unterstützt die CVP die Abgabe auf Flugtickets sowie finanzielle Anreize für die Isolation von Häusern oder den Ersatz von Ölheizungen, um die Klimaziele zu erreichen.

Politisches Gewicht: 41 Sitze im Nationalrat, 13 Sitze im Ständerat, 1 Sitz im Bundesrat.
Klimapolitik der CVP: ogy.de/cvp-klima

zu stellen und sich neu als letzte Partei zu empfehlen, die konsequent für die Interessen der Autofahrer kämpft. Parteipräsident Albert Rösti diagnostiziert seither bei der Klimajugend «pseudoreligiöse Züge». Und der Zürcher Nationalrat Roger Köppel drückt in Interviews sein Mitleid mit der Klimajugend aus: Sie sei von «linken Klimaideologen» instrumentalisiert, dienten einer «rotgrünen Umweltdiktatur» zu, die den sozialen Frieden bedrohe. Köppel: «Ein Skandal ist, dass unsere Lehrer ihre Schüler an diese politisch ferngesteuerten Klimademonstrationen schleppen.»

Ist Wirada Läderach ferngesteuert und pseudoreligiös verblendet? Sie sagt, solche Angriffe machten sie sprachlos: «Es ist doch eine Tatsache, dass wir jetzt handeln müssen, weil sonst die ganz fatale Entwicklung

droht.» Aus ihrer Sicht ist an den Vorwürfen einiges suspekt. Zuerst werfe man der Jugend kollektiv vor, sie sei politisch desinteressiert und apathisch: «Und jetzt, wo sie ihr eigenes Thema gefunden hat, wird den Jugendlichen vorgeworfen, sie seien ferngesteuert.» Vielleicht provoziere die Bewegung so stark, «weil sie selber denkt».

«Nicht bloss als Familien-Hobby»

Auch das gehört zum Bild: streikende Teenies mit dem wenig klimafreundlichen Beef-Burger in der einen und der Cola in der Wegwerfdose in der anderen Hand. Wie steht es ums Konsequenz sein? Er kenne solche Einwände zur Genüge, sagt Linus Dolder. Aber: «Es kann doch nicht sein, dass man perfekt sein muss, um seine Stimme erheben zu dürfen.» Wer sich zur Klimabewegung bekenne, begebe



SP für ökologischen Umbau

Die SP will die Energiewende schneller vorantreiben, damit die Schweiz bis 2045 klimaneutral wird. Gefordert wird deshalb ein rascher und sozial verträglicher Ausstieg aus den fossilen Energien. Auch der Finanzplatz soll klimafreundlich werden. «Es darf kein Rappen mehr in Öl und Gas investiert werden.» Der ökologische Umbau soll dank Förderung erneuerbarer Energien rund 40 000 neue Stellen schaffen. Diese Ziele will die Partei im Parlament mit zahlreichen Vorstössen erreichen. Die SP unterstützt zudem die sogenannte Gletscher-Initiative, die den Klimaschutz in der Verfassung verankern will und die Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaabkommens fordert. Im Hinblick auf die Wahlen wird es für die SP angesichts des Höhenflugs der Grünen nicht einfach, mit dem Klimathema zu punkten.

Politisches Gewicht: 43 Sitze im Nationalrat, 12 Sitze im Ständerat, 2 Sitze im Bundesrat.
Klimapolitik der SP: ogy.de/sp-klima

sich auf einen Weg: «Genau das ist entscheidend.» Letztlich gehe es um die eigene Authentizität: «Ich kann nicht am Freitag am Klimastreik teilnehmen und am Samstag in die Ferien jetten.»

Sein Ansatz: Veränderung einfordern und selber Veränderung vornehmen. Er sei aus ökologischen Überlegungen Vegetarier geworden, sagt Linus Dolder: «Inzwischen kocht meine Mutter nur noch vegetarisch.» Als «Vegi» outet sich auch Wirada Läderach.



GLP setzt auf Cleantech

Als klassische Umweltpartei sehen sich auch die Grünliberalen GLP im Aufwind. Beim Klimaschutz will die Partei die Schweiz zu einer Vorreiterin machen – durch Innovation und Wettbewerb. So soll die Schweizer Wirtschaft auf Cleantech setzen. Dadurch könnte eine «riesige Exportbranche» entstehen, da das Pariser Klimaabkommen auch in anderen Ländern umgesetzt werden muss. Beim CO₂-Gesetz setzt sich die Partei dafür ein, dass ein grosser Teil der Emissionen in der Schweiz kompensiert wird. Massnahmen braucht es aus Sicht der GLP nicht nur bei Gebäudesanierungen, sondern auch beim Strassen- und Flugverkehr, die bisher verschont worden seien. Wie die Grünen definieren die Grünliberalen die nationalen Wahlen vom Herbst als Schlüsselwahl – unter dem Wahlkampfmotto: «Es ist Zeit.»

Politisches Gewicht: 7 Sitze im Nationalrat.
Klimapolitik der GLP: ogy.de/glp-klima



Grüne mit Greta-Rückenwind

Naturgemäss gehört der Umwelt- und Klimaschutz zum Kern grüner Politik. Priorität für die Grünen hat weiterhin ein griffiges CO₂-Gesetz. Dabei fordern sie einen Ausbau der Gebäudesanierungen und eine Erhöhung der CO₂-Abgabe. Auch sollen Landwirtschaft und Finanzsektor zum Klimaschutz beitragen. Die Grünen fordern zudem weltweite Klimagerechtigkeit: Die Schweiz soll für eine verursachergerechte Finanzierung der Schäden des Klimawandels sorgen. Bei kantonalen Wahlen konnten die Grünen bislang am stärksten vom «Greta-Effekt» profitieren. Ob dieser Höhenflug im Herbst auf nationaler Ebene eine Fortsetzung findet, hängt auch davon ab, ob die Klimafrage weit oben auf der politischen Agenda verbleibt. Auf jeden Fall haben die Grünen die Wahlen 2019 vorsorglich zur «Klimawahl» erklärt.

Politisches Gewicht: 11 Sitze im Nationalrat, 1 Sitz im Ständerat.
Klimapolitik der Grünen: ogy.de/gps-klima



In der Schweiz sinkt der CO₂-Ausstoss

Im April vorgelegte Auswertungen zeigen: Zwischen 1990 und 2015 ist in der Schweiz der Ausstoss an klimaschädlichem CO₂ um gut 10 Prozent zurückgegangen, trotz gleichzeitigem Bevölkerungswachstum. Der CO₂-Ausstoss pro Kopf ist weniger als halb so hoch wie bei den übrigen Industriestaaten. Dies ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht lautet: Bei genauerer Betrachtung liegt der ökologische Fussabdruck der Schweizerinnen und Schweizer weit über dem weltweiten Durchschnitt. Denn: Die Schweizer Volkswirtschaft importiert sehr viele CO₂-intensive Produkte aus dem Ausland. Rund 80 Prozent der von Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten verursachten Treibhausgasemissionen fallen im Ausland an.

In vollem Gang ist in der Schweiz übrigens das Ringen um die Totalrevision des Schweizer CO₂-Gesetzes. Es soll zu substantziellen Senkungen des CO₂-Ausstosses führen. Gestritten wird unter anderem über die Frage, wo die Schweiz zu künftigen CO₂-Senkungen beitragen will: Hauptsächlich im Ausland oder zu grossen Teilen im Inland. Während sich der Nationalrat bisher weigerte, ein Inlandsziel festzulegen, dürfte der Ständerat beschliessen, dass mindestens 60 Prozent im Inland geleistet werden muss. So zumindest schlägt es die vorberatende Kommission vor. (MUL)

rach. Gleichzeitig sieht Linus Dolder darin auch eine Falle: «Das eigenverantwortliche Handeln des Einzelnen hat schlicht keinen ausreichend grossen Einfluss. Es braucht unbedingt den Einbezug der Politik.» Sie müsse die Weichen stellen, damit die gesteckten Ziele gemeinsam erreicht werden können: «Man muss also auch dafür sorgen, dass Klimaschutz nicht bloss ein Familien-Hobby bleibt.»

Breite Debatte, neue Blickwinkel

Die einen umarmen die Klimajugend, die anderen bestrafen sie mit Abgrenzung. Beide Reaktionsweisen gehen vom gleichen Referenzpunkt – der Klimafrage – aus. Deshalb rückt sie in der Schweiz so oder so stets stärker in den Mittelpunkt der politischen Debatte, zunehmend auch unter neuen Betrachtungswinkeln. So erklärte die fortschritts- und wirtschaftsfreundliche «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ) unlängst auf ihrer Frontseite, die Digitalisierung werde fälschlicherweise als Teil der Lösung des Klimaproblems verstanden. Aber sei im Gegenteil dazu Teil des Problems. Wegen dem wachsenden Streaming-Volumen sei die Kommunikationstechnologiebranche inzwischen für 3,7 Prozent der globalen Treibhausgas-

emissionen verantwortlich. Das ist rund doppelt so viel, wie die zivile Luftfahrt zu verantworten hat. Mit Seitenblick auf die Jugend doziert die NZZ: «Streaming ist das neue Fliegen.» Wer ein Video streamt, vervielfache den Energiekonsum seines Smartphones ums 1500-Fache.

«Wir konsumieren alle mega viel»

Das Smartphone hat auch Wirada Läderach stets mit dabei. Ja, viele heutige Jugendliche seien «satt, bequeme Kinder der Konsumgesellschaft». Gleichzeitig sei es die Generation, die sich bewegen und neue Erkenntnisse suche. Für sie heisse das etwa: «Fliegen ist toll, aber für die nächste Reise einfach keine Option.» Die Begriffe Konsum und Konsumgesellschaft hat auch Sophie Feuz im Repertoire. Auf ihrem Protestbanner, das Spuren des regelmässigen Gebrauchs trägt, steht «Revolutionieren statt konsumieren». Sie wolle damit sagen, dass der – oft unbeachtete – Konsum ein enormer Treiber des Klimawandels sei: «Wir konsumieren alle mega viel und mega billig.» Es gelte also, den eigenen Konsum zu hinterfragen und für Kostenwahrheit einzustehen, also einen Preis zu bezahlen, der alle Kosten decke, die ein Gut wirklich verursacht.

Apropos Wahrheit: Ist es nicht doch ein bisschen easy, die Schule zu schwänzen und dies als politische Tat zu verkaufen? Sophie Feuz' Replik ist gradlinig. Ein solches Bild zu verbreiten sei «etwas peinlich» und «vor allem falsch»: Wer streiken wolle, müsse ein ordentliches Dispensationsgesuch einreichen und erhalte happige Zusatzaufgaben auferlegt. Nicht zu streiken, sei da echt einfacher. Sie selber habe als Zusatzaufgabe einen Vortrag über den «anthropogenen Klimawandel» erarbeiten müssen. Das habe sie gefordert, denn der Klassenlehrer sei Geologe und im Thema sattelfest: «Da darf me ke Seich verzelle.»

Bei der Parteienumfrage wurden folgende im Nationalrat vertretene Kleinparteien nicht berücksichtigt: Evangelische Volkspartei, EVP (2 Sitze), Lega di Ticinesi (2), Mouvement Citoyens Genevois, MCG (1), Partei der Arbeit, PdA (1) sowie Parteilose (2).

Unterwegs mit Linus, Sophie und Wirada

Weitere Bilder von den in dieser Ausgabe portraitierten Jugendlichen Linus Dolder, Sophie Feuz und Wirada Läderach finden Sie online unter www.revue.ch. Ergänzt wird der Bilderbogen mit Reportagebildern der letzten Schweizer Schülerstreiks zum Thema «Klima».

Musikalischer Schweizer Käse

Im Emmental wurden reife Käselaibe über Monate hinweg mit Musik beschallt. Dank diesem Experiment weiss jetzt die Menschheit: Je nach Musikrichtung entwickelt Käse unterschiedliche Geschmacksnoten. Doch ist das nun Kunst, Kommerz oder Klamauk?



Beat Wampfler hat ein offenes Ohr für Käse. Hier belauscht er gerade einen veritablen Laib Emmentaler Käse. Salzer Markus Schneider schaut zu. Foto Keystone

MARC LETTAU

Zunächst zur Grundsatzfrage, wie es dem kulinarischen helvetischen Heiligtum überhaupt geht. In aller Kürze: Dem Schweizer Käse geht es immer besser. Die vollständige Liberalisierung des Käsehandels zwischen der Schweiz und der EU im Jahr 2007 erwies sich letztlich als heilsam. Seither nehmen die Exporte von Schweizer Käse stetig zu. Sie liegen heute bei deutlich über 70 000 Tonnen pro Jahr.

Eine Käse-News schlug aber diesen Frühling weit heftiger ein als alle Exportzahlen: Schweizer Käse ist musikalisch. Er hat sogar einen differenzierten Musikgeschmack. Er reagiert unterschiedlich auf Mozarts «Zauberflöte», Led Zeppelins «Stairways to Heaven», Yellos «Monolith» oder den Titel «Jazz» der Hip-Hopper von A Tribe Called Quest. Wir wissen dies dank dem experimentierfreudigen Burgdorfer Käsehändler Beat Wampfler und Michael Harenberg, dem an der Hochschule für Künste in Bern (HKB) lehrenden Musik- und Medienwissenschaftler. Das ungleiche Paar hatte sich nämlich gefragt: Beeinflussen Schallwellen den Stoffwechsel von Käse derart, dass dies nachweisbar und kulinarisch spürbar ist? Wampfler und Harenbergs Team beschallten in der Folge neun Laibe über sechs Monate hinweg. Ein «Referenzkäse» blieb unbeschallt.

Wampfler hoffte bei Beginn des Experiments, der mit Hip-Hop beschallte Käse möge besonders gut reifen: «Damit könnten vermehrt junge Leute auf den Käse-Geschmack kommen.» Die Degustation des ausgereiften Käses durch eine Fachjury erfüllte seine Hoffnung. Sie

ergab tolle Noten für den Hip-Hop-Käse. Er unterschied sich am deutlichsten vom unbeschallten Referenzobjekt, bestach durch sein «auffällig fruchtiges Aroma» und wies die grössten Löcher auf.

HKB-Sprecher Christian Pauli sagt auf Anfrage der «Schweizer Revue», die «aufsehenerregende Forschung» werde nun weitergeführt. Das zwingt zur Nachfrage, wie das Klangkäseexperiment überhaupt zu verstehen ist. Ist es Kunst, Kommerz oder Klamauk? Pauli: «In der Tat bewegt es sich im Spannungsfeld zwischen Kunst und Kommerz. Klamauk war nie ein Thema.» Um den Klamaukverdacht zu entkräften, verweist Pauli auf die Analyse der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Diese belegt, dass die Beschallung wichtige Aromastoffe des Käses verändert hat. So steht nun fest, dass in der mit tiefen Frequenzen beschallten Käseprobe die Aromastoffe 2-Methylbutanal, 3-Methylbutanal, Methional, Phenylacetaldehyd, 2-Ethyl-3,5-Dimethylpyrazine und Propionsäure in höheren Gehalten vorkommen als in den anderen Proben. Der unbedarfte Käsekonsument, der sich bisher all diese Stoffe unwissentlich einverleibt hat, ist sicher froh über die Vertiefung der Forschung. Vielleicht kommen so bald alle zu Käse mit ganz persönlicher Note. Das kleine Käsewunschkonzert der «Revue»-Redaktion zeigt schon mal die Bandbreite der Wünsche auf: Obenaus schwingen «Atom Heart Mother» (Pink Floyd), «Casta Diva» (Bellini), «We will rock you» (Queen), «Ha ke Ahnig» (Steff la Cheffe), die schmelzenden «Boleros Inolvidables» (Tito Rodríguez) und – ganz wichtig – Katja Ebsteins «Wunder gibt es immer wieder».

Genf rückt dank eines neuen Strands näher an seinen See

Seit Juni besitzt Genf einen neuen Seezugang. Das Verhältnis der Stadt Calvins zum Wasser wird dadurch entspannter, etwa so, wie dies in Bern, Basel oder Zürich schon lange ist. Das neue Angebot ist eine Antwort auf gesellschaftliche und klimatische Bedürfnisse.



STÉPHANE HERZOG

Die Genferinnen und Genfer wollen etwas von ihren Ufern haben. Seit zehn Jahren bevölkern sie zunehmend die Flussufer der Rhone. Sie baden dort wieder, so wie es im Mittelalter üblich war – oder wie es seit Jahrzehnten in der Aare in Bern oder im Rhein in Basel alltäglich ist. Seit dem 22. Juni verfügt nun Genf auch über einen neuen Strand, jenen von Eaux-Vives. Die öffentliche Anlage mit ihrer Länge

von insgesamt 500 Metern liegt zehn Gehminuten vom Zentrum entfernt und wird im Frühling 2020 fertiggestellt sein. Zwischen See und Land umfasst sie – wie vom WWF gefordert – einen Wassergarten mit seltenen Pflanzen und einen Park. Der neue Ruhepol umfasst weiter eine grosse Esplanade für Segelboote, ein Fischerdorf und ein Restaurant direkt gegenüber Genfs Springbrunnen, dem Jet d'Eau.

Genf, im Hintergrund der Jet d'Eau, trotz seinem See einen neuen Strand ab. Damit reagiert die Stadt auch auf sich verändernde Bedürfnisse.
Foto Serge Fruehauf

Was den Hafen der Société Nautique und ihren Club angeht, so wurde dieser von 600 auf 1000 Anlegeplätze vergrössert. Ein langer Deich zieht sich als Schutz der Anlage ins offene Wasser hinaus. Der Deich weckte auch Bedenken: So könne sich das Wasser für die Badenden nicht genügend umwälzen, wird moniert. Der Kanton dementiert dies. «Man muss etwas riskieren und vorangehen», sagt der Architekt Marcellin Barthassat, der in den

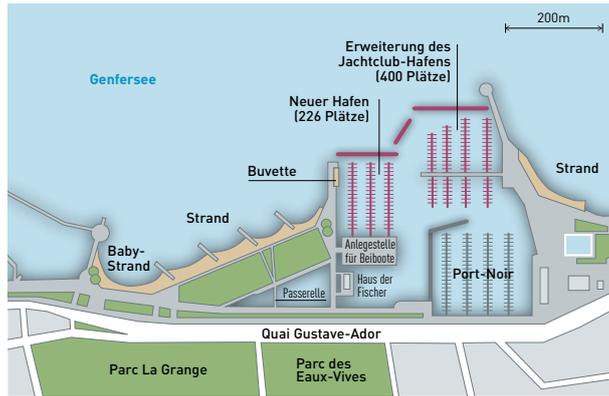
1990er-Jahren an der Renovation der Bains de Pâquis auf der anderen See-seite beteiligt war.

Yverdon und Zürich beobachten Genf

«Der Blick auf das Seebecken ist aussergewöhnlich; vor dem Verkehr geschützt findet man dort Ruhe», sagt Projektleiter Franck Pidoux. Er ist im Kanton Genf für die Renaturierung von Wasserläufen zuständig und weist darauf hin, dass schon vor Jahren mit Petitionen ein besserer Seezugang gefordert worden sei. «Wir hatten am Genfersee punkto Wasserzugang das schlechteste Angebot, anders als zum Beispiel in den Städten Bern und Zürich, die ihre Verbindung zu ihren Gewässern nie verloren haben», fasst er zusammen. Ein neuer Seezugang? Das Vorhaben ist heikel, weshalb sich auch Vertreter der Städte Yverdon und Zürich das Projekt angeschaut haben, «um zu verstehen, wie es die Genfer geschafft haben, eine Anlage auf dem See zu bauen, was allein schon aus gesetzlichen Gründen die grosse Ausnahme ist», erklärt der Projektleiter.

Badehäuser im Genfersee

Die Beziehung der Stadt Genf zu ihren Ufern ist wechselvoll. «Im Mittelalter hatten die Menschen keine Angst vor dem Wasser. Genf verfügte über Badehäuser an der Rhone, warme Bäder, die Orte der Begegnung waren. Mit der Reformation wurden sie verboten. Im Übrigen badeten die Genferinnen und Genfer im Laufe der Zeit trotz Verbot auch nackt in der Rhone», erzählt Historiker Bernard Lescaze. «Was den Genfersee betrifft, so wurde dieser als Hafen und für die Industrie genutzt, bis im 18. Jahrhundert schliesslich die ersten Seebäder entstanden. Ab 1850 verlor der See seine kommerzielle Bedeutung und nach 1900 wurde er von der Freizeitschiffahrt und den Regatten erobert.» Das Baden in der Rhone erlebte eine andere Entwicklung. «Vor



Ein Strand, der das Seebecken komplett verändert

Das Projekt des Strandes von Eaux-Vives, das vom ehemaligen Ständerat und Umweltschützer Robert Cramer vorangetrieben und vom WWF mit einer Einsprache verzögert wurde, hat seinen Ursprung in einer in den 1990er-Jahren lancierten Studie. «Das Projekt Fil du Rhône betrachtete damals die Flussufer aus der Sicht des öffentlichen Raums und sah Eingriffe durch Architekten, Ingenieure und Künstler vor», fasst Marcellin Barthassat zusammen. Für Cramer ging es einerseits darum, auf die Société Nautique zu reagieren, die ihren privaten Club vergrössern wollte. Andererseits wollte er den Seezugang für alle sicherstellen. Und schliesslich ging es ihm darum, die dem Jet 'd Eau nachgelagerten Quais neu zu gestalten. Diese hatten sich unkontrolliert entwickelt. Das Projekt gab schliesslich den Anstoss für einen Ideenwettbewerb. Der erste Wettbewerbsgewinner schlug rund um das Seebecken kleine Inseln nach dem Vorbild der Bains des Pâquis vor, die den Zugang zum Wasser begünstigten. Der zweite sah Seezugänge für Fussgänger vor. Nun werden auf jeden Fall Teile der alten Quais, des alten Hafens und der historischen Gewerbe – Fischerei und Schiffbau – verschwinden. Dies enttäuscht manche Genferin, machen Genfer. «Was wird aus dieser Leere? Müssen Sozialarbeiter zur Belegung der Quais angestellt werden? Das ist noch offen», sagt Marcellin Barthassat. (SH)

dem Krieg traf sich die Arbeiterklasse in den Bains des Pâquis, während in Genève-Plage am linken Ufer Schönheitswettbewerbe abgehalten wurden», fasst Bernard Lescaze zusammen, der die Entwicklung einer «Freizeit- und Wasserzivilisation» beschreibt.

Zuhause am Strand statt Fernflüge

Die Eröffnung des neuen Strandes von Eaux-Vives kommt zu einem wichtigen Zeitpunkt für die Stadtentwicklung. «Wir brauchen einen weiteren Strand, um auf gesellschaftliche Entwicklungen und auf die Klimaerwärmung zu reagieren», sagt Architekt

Marcellin Barthassat. Die Einrichtung neuer öffentlicher Räume in den Städten sei wichtig, auch um Reisen ans Ende der Welt zu verhindern. «Die urbane Aufwertung ist eines der grossen Themen der Stadtentwicklung. Wir beobachten, dass die Zahl der Jungen, die die Fahrprüfung ablegen, sinkt und dass die Digitalisierung die Mobilität verändert.»

Genf sei wahrlich einen weiten Weg gegangen, sagt Franck Pidoux. Die Wende zum Besseren sei wohl mit dem Referendum zur Rettung der Bains des Pâquis im Jahr 1987 erfolgt: «In den Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahren war der See stark verschmutzt. Man badete in Schwimmbädern. Die Situation hat sich gewandelt, der See ist zu einem Gewässer von sehr guter Qualität geworden. Er zieht immer mehr Menschen an und die Stadt muss auf diese Nachfrage reagieren.»

Nähe zum Wasser im Norden

In der Deutschschweiz sei der Zugang zum Wasser «direkter und unverkrampfter», sagt Marcellin Barthassat. Als Beispiele führt der Architekt die Renaturierungsarbeiten entlang der Limmat in Zürich, den ungehinderten Seezugang durch die Pärke sowie die Bäder an der Aare in Bern an. In Genf bleiben Hunderte Meter der Quais durch Steinschüttungen oder Mauern versperrt.

Etlliche Genferinnen und Genfer empfinden den Bau des Strandes von Eaux-Vives allerdings als ein Sakrileg, da ihm ungefähr zwei Hektaren der Seefläche zum Opfer fallen – bei geschätzten Gesamtkosten von 67 Millionen Franken. Dies «für eine Badesaison, die von Juni bis September dauert», kritisiert Bernard Lescaze. «Ja, wir verlieren einen Teil des Sees, aber der Kanton kompensiert dies, indem er mit dem Wassergarten die Artenvielfalt erhöht und Renaturierungen an anderen Orten im Kanton fördert», entgegnet Franck Pidoux.

Ein klares Urteil mit unklaren Folgen

Erstmals ist in der Schweiz eine nationale Volksabstimmung gerichtlich annulliert worden. Ist das primär eine Ohrfeige für den Bundesrat oder ein Beweis für die Kraft der Demokratie? Die Meinungen sind geteilt, die Folgen des Urteils unklar.

MARC LETTAU

Die Sache, um die es geht, betrifft gutverdienende Ehepaare. Sie zahlen mehr Bundessteuern als unverheiratete Paare mit dem genau gleichen Einkommen. Diese sogenannte Heiratsstrafe ist seit Jahren ein Politikum. Einen Anlauf, die Heiratsstrafe zu eliminieren, unternahm die Christliche Volkspartei (CVP) mit ihrer etwas sperrig getitelten Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe». Doch die Initiative scheiterte 2016 an der Urne. 50,8 Prozent legten ein Nein ein.

Mehr als knapp daneben

55 000 Stimmen machten den Unterschied. Die Niederlage war also knapp. Allerdings nannte der Bundesrat vor der Abstimmung falsche Zahlen. Er behauptete, schweizweit treffe die Heiratsstrafe bloss 80 000 Doppelverdienerehepaare. Später räumte er ein, sich gründlich verschätzt zu haben – um Faktor fünf. Inzwischen gelten 450 000 Ehepaare als steuerlich benachteiligt. Aufgrund dieses Eingee-

Auf die süsse Hochzeitstorte folgt in der Schweiz zumindest für solvante Doppelverdienerehepaare die steuerliche Heiratsstrafe. Foto Keystone



ständnisses reichte die CVP schliesslich eine Abstimmungsbeschwerde ein.

Historische Dimension

Das am 10. April 2019 gefällte Bundesgerichtsurteil in dieser Sache ist von historischer Dimension. Das Gericht hiess die Beschwerde gut und annullierte den Volksentscheid. Das ist eine Premiere, die erste Annullierung eines nationalen Volksentscheids seit der Gründung des modernen Bundesstaates im Jahre 1848. Die Bundesrichter beurteilten die Fehlinformation des Bundesrats als «gravierend». Es liege eine «geradezu schockierende Verletzung» der Abstimmungsfreiheit vor. Eine Verfälschung des Abstimmungsergebnisses sei vor diesem Hintergrund «wahrscheinlich».

«Eine Ohrfeige für den Bundesrat» titelte nach dem Urteil die «Neue Zürcher Zeitung». Die Blätter des Tamedia-Konzerns hingegen werteten den Richterspruch als Gütesiegel für die schweizerische Demokratie, denn letztlich seien die Rechte der engagierten Bürger gegenüber dem Verwaltungsapparat gestärkt worden.

Was nun?

Wird die Initiative erneut dem Volk vorgelegt? Das ist keineswegs zwingend. Die CVP selbst ist nicht an einer erneuten Volksabstimmung interessiert. Der Initiativtext ist nämlich inzwischen innerhalb der Partei umstritten, denn er diktiert eine sehr eng gefasste Definition von Ehe als «gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau». Das geht jenem Teil der CVP-Basis zu weit, der der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare aufgeschlossen begegnet.

Bei den Initianten dominiert vor diesem Hintergrund die Hoffnung, die Heiratsstrafe möge auf gesetzlichem Weg abgeschafft werden. Damit würde eine zweite Volksabstimmung über die Initiative obsolet. Unbegründet ist die Hoffnung nicht, denn einen Monat nach dem Gerichtsurteil hiess der Nationalrat eine Standesinitiative des Kantons Aargau gut. Deren Forderung: Nicht nur bei den Steuern, sondern auch bei den Sozialversicherungen sei die Benachteiligung verheirateter Paare zu beenden. Diese erhalten heute im Alter eine reduzierte Ehepaarrente, die tiefer liegt als zwei Einzelrenten für ein Paar, das ohne Trauschein zusammenlebt. Das ist mindestens so stossend wie die steuerliche Heiratsstrafe.



Das Seilziehen um Europa geht weiter

Das Stimmvolk sagte am 19. Mai klar Ja zum verschärften Waffenrecht. Damit bekannte es sich auch zum Verbleib der Schweiz im europäischen Schengen-Raum. Doch die grossen europapolitischen Auseinandersetzungen stehen erst noch bevor.

THEODORA PETER

Künftig können in der Schweiz halbautomatische Waffen mit grossem Magazin nur noch mit einer Ausnahmegewilligung gekauft werden. Wafenhändler müssen alle Transaktionen melden und Hobby-Schützen ihre Sturmgewehre beim kantonalen Waffenbüro registrieren. Mit 63,7 Prozent Ja fiel die Zustimmung des Souveräns zur Übernahme einer entsprechenden EU-Waffenrichtlinie ins Schweizer Recht deutlich aus.

Gegen dieses «EU-Diktat» wehrten sich die Schützenvereine zusammen mit der SVP erfolglos. Die Mehrheit der Stimmenden wollte die Mitgliedschaft beim Schengen-Abkommen nicht aufs Spiel setzen. Bei einem Nein zum verschärften Waffenrecht hätte der Schweiz ein Ausschluss gedroht – mit weitreichenden Folgen auf Grenzkontrollen und Sicherheit. Mit der Waffenrichtlinie wird nämlich auch der polizeiliche Informationsaustausch zwischen den 26 Schengen-Staaten verbessert. Künftig wird im

Informationssystem ersichtlich sein, wenn ein anderes Schengen-Land einer Person eine Waffe verweigert.

Neue SVP-Initiative zielt auf Personenfreizügigkeit

Politbeobachter interpretieren das Ja zum Waffenrecht durchaus als Bekenntnis zum bilateralen Weg mit der Europäischen Union (EU). Doch die veritable Feuerprobe steht noch bevor: Im Laufe des nächsten Jahres kommt die Initiative «für eine massvolle Zuwanderung» zur Volksabstimmung. Mit dieser sogenannten «Begrenzungsinitiative» zielen SVP und die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) auf eine Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU ab. Dies hätte laut Bundesrat wahrscheinlich den Wegfall aller Verträge zur Folge und würde den bilateralen Weg grundsätzlich in Frage stellen.

Die Schweiz muss ihr Verhältnis zur EU ohnehin klären. Ein institutionelles Rahmenabkommen soll die

Weiterentwicklung der fünf bestehenden bilateralen Abkommen ermöglichen und den Weg für neue Abkommen ebnen. Doch der ausgehandelte Rahmenvertrag ist in der Schweiz nicht mehrheitsfähig («Schweizer Revue» 2/2019). Zu den Stolpersteinen gehören etwa die Konzessionen beim Lohnschutz, die eine Schwächung der flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping zur Folge hätten. Deshalb lehnen die Gewerkschaften den Rahmenvertrag ab. Auf der anderen Seite sieht die SVP die Souveränität der Schweiz grundsätzlich in Gefahr. Der Bundesrat muss einen Weg finden, um in Brüssel Nachbesserungen zu erwirken. Der Entscheid der Regierung zum weiteren Vorgehen stand bei Redaktionsschluss noch aus. Neuverhandlungen hat die EU aber bislang kategorisch ausgeschlossen.

Ältere auf dem Arbeitsmarkt besserstellen

Ein innenpolitisches Zeichen zugunsten der Personenfreizügigkeit mit der EU hat der Bundesrat aber bereits gesetzt. So soll die Situation älterer Schweizer Arbeitnehmer auf dem Stellenmarkt mit einem Impulsprogramm verbessert werden. Viele über 50-Jährige hatten 2014 der Zuwanderungsinitiative der SVP zugestimmt – aus Furcht, von Einwanderern vom Arbeitsmarkt verdrängt zu werden. Ihren Existenzängsten kommt der Bundesrat mit einem Ausbau der Sozialversicherung entgegen: Wer mit 60 Jahren ausgesteuert wird, soll bis zur ordentlichen Pensionierung eine Überbrückungsrente erhalten.

Die Schützen blieben chancenlos. Die Feuerprobe zum Verhältnis mit der EU steht aber erst noch bevor.

Foto Keystone





Nun folgt der Streit ums höhere Rentenalter

Nach jahrelangem Ringen gelang am 19. Mai ein politischer Durchbruch. Das Stimmvolk gab grünes Licht zur Unternehmenssteuerreform, kombiniert mit einer Finanzspritze für die AHV. Trotz Verschnaufpause steht das Sozialwerk vor einer neuen Reform.



Abstimmungserfolg für Finanzminister Ueli Maurer (SVP): Er verteidigte den «Kuhhandel» gegen heftige Einwände seiner Partei.

Foto Keystone

THEODORA PETER

Es galt als wichtiges Geschäft der zu Ende gehenden Legislatur: das Gesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF). Kritiker rümpften die Nase über den «Kuhhandel», weil die Vorlage zwei Themen verknüpfte, die materiell nicht zusammengehören: Steuern und AHV. Finanzminister Ueli Maurer (SVP) lobte das Paket hingegen als typisch helvetischen Kompromiss. So werden die zu erwartenden Steuerausfälle mit einem sozialen Ausgleich für die AHV in der Höhe von zwei Milliarden Franken kompensiert. Von diesem «Deal» des Parlamentes liess sich schliesslich auch der Souverän überzeugen. Mit einem Ja-Anteil von zwei Dritteln (66,4 Prozent) fiel die Zustimmung an der Urne deutlicher aus als erwartet. Offenbar wollte das Stimmvolk die jahrelange Blockade beenden. Zur Erinnerung: 2017 scheiterten sowohl die

Unternehmenssteuerreform III wie auch das Reformprojekt «Altersvorsorge 2020» in zwei aufeinanderfolgenden Volksabstimmungen.

Aus für international verpöntes Steuerregime

Mit der Reform der Unternehmenssteuern schafft die Schweiz ein international verpöntes Steuerregime ab. Ansonsten wäre das Land 2020 auf einer schwarzen Liste der EU gelandet. Konkret geht es um die Abschaffung von Sonderprivilegien für rund 24 000 Holdings und andere Spezialgesellschaften mit Sitz in der Schweiz. Künftig werden nun alle Unternehmen gleich besteuert. Dadurch sinkt die Belastung für einheimische Firmen, während die bisher Privilegierten mit höheren Steuern rechnen müssen. Damit diese Unternehmen trotzdem in der Schweiz bleiben,

schafft das Gesetz neue, international akzeptierte Anreize wie die sogenannte Patentbox. Sie bewirkt, dass ein Teil der Gewinne aus Erfindungen tiefer besteuert werden. Insgesamt dürfte die Reform für Bund und Kantone zu Steuerausfällen in der Größenordnung von zwei Milliarden Franken kommen.

Neue Reform mit Erhöhung Frauenrentenalter

Im Gegenzug erhält die AHV eine dringend nötige Finanzspritze – finanziert durch die Bundeskasse sowie höhere AHV-Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Der Zustupf von zwei Milliarden sorgt aber nur für eine kurze Verschnaufpause. In der Kasse des Sozialwerks fehlen gemäss Bundesrat bis 2030 insgesamt 23 Milliarden Franken. Grund ist die demografische Entwicklung: In den nächsten zehn Jahren erreichen die geburtenstärksten Jahrgänge das Rentenalter.

Der Bundesrat hat deshalb bereits vor der STAF-Abstimmung eine weitere AHV-Reform aufgegleist. Finanziell stabilisiert werden soll die Sozialversicherung mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,7 Prozentpunkte. Vorgesehen ist zudem eine Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre. Dagegen wollen sich die Gewerkschaften zur Wehr setzen. Die Details der neuen Reform präsentiert der Bundesrat nach den Sommerferien. Aus dem bürgerlichen Lager kommen derweil weitergehende Reformforderungen bis hin zu einer Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre für alle.

«Starke Lieder unserer Sehnsucht»

Hitlers braune Horden zogen 1933 mit Kampfliedern des Aarauer Fabrikantensohns Heinrich Anacker in die deutschen Städte ein.

CHARLES LINSMAYER

«Hätte Herr Anacker sich nur rechtzeitig bescheiden und seine Verse ausschliesslich einem privaten Mägdlein-Album anvertrauen mögen – er wäre als Dichter vollkommen.» So urteilte 1924 der Journalist und Lyriker Siegfried Lang über den bei Sauerländer in Aarau erschienenen Gedichtband «Auf Wanderwegen». Und er hätte sich niemals vorstellen können, dass der angesehene Berliner Grote-Verlag 1937 einen Band mit dem Titel «Von Klopstock bis Anacker. Deutsche Gedichte aus zwei Jahrhunderten» edieren würde. Ebenso unvorstellbar muss für ihn gewesen sein, dass zwischen 1932 und 1943 mehr als 180 000 Anacker-Lyrikbände in den Handel kommen und ihr Autor am Ende der auflagemässig erfolgreichste Schweizer Lyriker des 20. Jahrhunderts sein würde.

SA-Mann und Dichter

Des Rätsels Lösung heisst Nationalsozialismus, denn frustriert über die Verrisse seiner sechs bis 1931 publizierten Gedichtbände – formal konventionelle Verse über Jugend, Liebe, Natur und Wanderschaft –, entdeckte der am 29. Januar 1901 in Aarau geborene Fabrikantensohn, dass er bloss Adolf Hitlers Botschaft in Marschrhythmus zu setzen brauchte, um Tausende von begeisterten Fans zu finden und von den Nazi-Bonzen mit dem Bekenntnis eines neutralen Schweizers zu ihrer reaktionären Ideologie jede nur erdenkliche Förderung zu erwirken. In rotes Leinen gebunden, erschienen Anackers Verse im parteieigenen Eher-Verlag, und ab 1932 zogen Hitler-Jugend und SA-Verbände mit Anacker-Trutzliedern wie «Die Strasse dröhnt vom Eisentritt» oder «Nun erst recht!» in die Städte und Dörfer ein. Höhepunkt war die Verleihung des «Preises der NSDAP für Kunst» auf dem Nürnberger Reichsparteitag 1936 und die Laudatio von Alfred Rosenberg, der verkündete: «Als ein Sänger unserer Zeit hat Anacker immer wieder die Geister angefeuert und in stets sich erneuernder Leidenschaft starke Lieder unserer Sehnsucht gesungen.»

Angesichts solcher Protektion zog es die Schweizer Kritik, der die sentimentalen Anfänge des Naturbewegten ein Dorn im Auge gewesen waren, vor zu schweigen, und das peinliche Problem löste sich schliesslich von selbst, als Heinrich Anacker und seine Frau Emmy, geborene Bofinger, am 11. Dezember 1939 auf eigenen Wunsch aus dem Aarauer und Schweizer Bürgerrecht entlassen wurden.

Im Reich aber blieb dem aus Helvetien importierten Polit-Lyriker die Gunst des Führers bis fast zuletzt erhalten. Als der Krieg begann, nahm er in Uniform an den Feldzügen in Frankreich, Belgien und Norwegen, später auch in Russland, teil: mit der einzigen Verpflichtung, seine Beobachtungen in Versform zu publizieren. Erst als es mit dem Siegen zu Ende ging, zerstörte die Wehrmacht das absurde Lyrikeridyll und versetzte Anacker zu den Verwundetentransporten. Aber die Katze lässt das Mäusen nicht: Anacker überlebte seine Protektoren, und im Gefangenenlager Ansbach dichtete er erneut drauflos und erlebte den Triumph, dass die GIs der Wachmannschaft sich von ihm handgeschriebene Gedichte erbaten, um sie als Kostproben deutscher Dichtung nach Amerika zu schicken. Bis zu seinem Tod am 14. Januar 1971 lebte Anacker mit seiner Frau Emmy, einer Bäckerstochter aus Zürich, in Wasserburg bei Lindau – nach wie vor gläubiger Nationalsozialist, den Blick auf die Schweiz jenseits des Bodensees gerichtet.

Er dichtete unentwegt weiter und diktierte seine Lyrik wie schon 1933 bis 1943 einer Sekretärin, die die fertig getippten Verse im Format DIN A5 einzeln in insgesamt zwölf eigens gefertigte Holzkisten ablegte, wo sie für die Ewigkeit aufbewahrt werden sollten. Wobei es genügte, ein oder zwei der Blätter in die Hand zu nehmen, um sich von der völligen Wertlosigkeit der banalen und nach den ewiggleichen vorgestrigen Schemen konstruierten Reimereien zu überzeugen. Die Schweiz aber tabuisierte der «Lyriker der braunen Front» aus einem merkwürdigen Schamgefühl heraus bis zuletzt. Mit den Schweizer Frontisten und deren Anschlussideen hatte er jedenfalls nichts zu tun haben wollen, denn laut seiner 1984 verstorbenen Ehefrau war die Schweiz für ihn seit je her «etwas Eigenes, das man nicht antasten soll».



«Städte hab' ich durchwandert,
gross und klein. Keine gab mir,
o Zürich, Heimat wie du,
keine liess mir des See's blaue
Bucht so als göttliches
Friedensgeschenk erscheinen.
Viele fremde Städte noch winken
mir, Mancher fremde Brunnen
noch wird mich laben.
Aber im Innersten werde ich
Heimweh haben, Stadt meiner
Seele, du schönes Zürich,
nach dir!»
(Heinrich Anacker: «Zürich»,
aus «Bunter Reigen», Aarau,
1931, vergriffen)

E-Voting im Gegenwind

Elektronisches Wählen und Abstimmen ist Auslandschweizerinnen und -schweizern ein Anliegen. Doch in der Schweiz wachsen die Bedenken gegenüber dem digitalen Stimmkanal.

SUSANNE WENGER

Diese Art der Stimmabgabe öffnete Manipulationen Tür und Tor, sagten die Zweifler. Ganz zu schweigen von den möglichen negativen Auswirkungen auf den demokratischen Prozess. Das Gegenteil sei richtig, erwiderten die Befürworter. Der neue Stimmkanal erleichtere die Teilnahme und werde die Stimmbeteiligung erhöhen. Nein, diese Argumente entstammen nicht der aktuellen Debatte über E-Voting. Vielmehr tönte es vor 25 Jahren so. Damals führte die Schweiz das Abstimmen per Brief ein. Inzwischen hat sich dieser Weg etabliert. 80 bis 90 Prozent der Stimmen nutzen ihn jeweils. Nur noch eine Minderheit begibt sich persönlich ins Stimmlokal, um den ausgefüllten Zettel in die Urne zu werfen.

Dafür wird jetzt ähnlich leidenschaftlich über einen dritten Kanal gestritten: wählen und abstimmen am Computer. Die elektronische Stimmabgabe ist vor allem der Fünften Schweiz ein Anliegen. 174 000 Auslandschweizerinnen und -schweizer sind derzeit im Stimmregister eingetragen. Bis 2021 müsse E-Voting ihnen allen zur Verfügung stehen: das forderte die Auslandschweizer-Organisation (ASO) in ihrer 2018 eingereichten Petition. Abstimmen per Mausclick war bis vor kurzem in zehn Kantonen möglich. Doch lediglich ein Testbetrieb ist erlaubt. Und dabei bleibt es vorläufig, wie kurz vor Drucklegung der «Schweizer Revue» bekannt wurde. Der Bundesrat verzichtet im Moment auf eine ursprünglich geplante Gesetzesänderung, mit der E-Voting für alle Stimmberechtigten im In- und Ausland hätte eingeführt werden können. Grund für den Kurswechsel: Bei den politischen Parteien wuchsen die Bedenken. Und mehrere Entwicklungen führten dazu, dass sich die Diskussion in letzter Zeit verschärfte.

Sicherheit vor Tempo

Für die Landesregierung liegen die Vorteile des E-Votings zwar auf der Hand: Auslandschweizer können zuverlässig an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen, Stimmberechtigte mit Behinderung ihr Votum autonom abgeben. Für die Skeptiker, aber auch für manche Befürworter von E-Voting, müssen jedoch zuerst System-, Sicherheits- und Finanzierungsfragen geklärt sein. Für Beunruhigung sorgt, dass der Pionierkanton Genf das von ihm entwickelte E-Voting-System aus Kostengründen eingestellt hat. Sechs Kan-



tone wandten es an. Sie müssen jetzt eine andere Lösung suchen. Mit Genf verschwindet zudem der letzte staatliche Anbieter. Selbst für viele Befürworter des E-Votings gehört dieses aber in die Hand des Staates. Diese Forderung ist beim einzigen nun verbliebenen E-Voting-System, jenem der Schweizer Post, nicht erfüllt: Programmiert wird es unter anderem von einer spanischen Firma. Für die Abstimmung vom 19. Mai wurde das Post-System übrigens aus dem Verkehr gezogen: Externe Experten hatten bei Tests Schwachstellen bei der Sicherheit entdeckt.

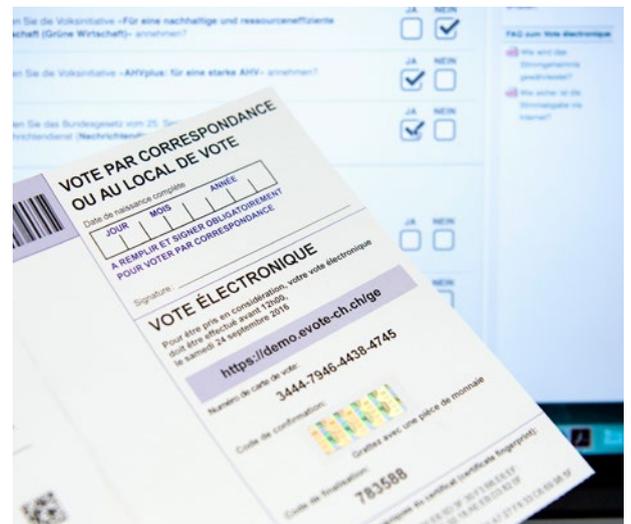
«Risiko für die Demokratie»

Jetzt brauche es einen Marschhalt, wird von verschiedenen Seiten gefordert. Seit dem Frühling sammelt eine breite Allianz von den linksstehenden Grünen bis zur rechtskonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) Unterschriften für eine Volksinitiative. Diese will E-Voting für fünf Jahre verbieten. Eine spätere Einführung wäre gemäss Initiativtext möglich, aber mit strengen technischen Vorgaben. Nicht nur müsste der Schutz vor Manipulation genauso wie beim handschriftlichen Verfahren gewährleistet sein. Die Initianten fordern auch, dass die Stimmberechtigten die wesentlichen Schritte der elektronischen Stimmabgabe «ohne besondere Sachkenntnisse» überprüfen können.

«Die Urnen- und die Briefwahl verstehen alle», sagt der Luzerner Jungfreisinnige Nicolas Rimoldi, Kampagnenleiter der Initiative, «E-Voting hingegen wird nur von wenigen Spezialisten verstanden.» Das sei undemokratisch. Er

E-Voting am Beispiel des Genfer Systems: Ganz papierfrei ist es nicht, denn der Code fürs Wählen kommt per Post.

Foto Keystone





sei Fan der Digitalisierung, doch hier gehe es um das wertvollste Gut, die Demokratie. Da könne die Schweiz nicht vorsichtig genug sein: «E-Voting ist ein nie dagewesenes Sicherheits- und Vertrauensrisiko für unsere direkte Demokratie.» Um die politische Teilhabe der Fünften Schweiz zu stärken, rät Rimoldi zu Lösungen wie dem dezentralen Abstimmen auf den Botschaften. Oder dem elektronischen Versand der Abstimmungsunterlagen, wie der Mitinitiant und SVP-Nationalrat Claudio Zanetti (ZH) fordert.

«E-Versand» statt E-Voting?

Zanetti ist vehementer Gegner des E-Votings und gleichzeitig ASO-Vorstandsmitglied. Er anerkennt: «Für viele Auslandsschweizer stellen unzulängliche Postdienstleistungen in den Wohnsitzländern eine Hürde bei der Wahrnehmung ihres Stimm- und Wahlrechts dar.» Mit dem «E-Versand» könnte der Postweg laut Zanetti mindestens in eine Richtung umgangen werden. Grundsätzlich fürs E-Voting ist

Externe Expertinnen und Experten entdeckten beim E-Voting-System der Post Mängel.

Foto Keystone

hingegen die freisinnige Nationalrätin Doris Fiala (ZH). Für die im Ausland wohnenden Stimmberechtigten «wäre E-Voting eine enorme Verbesserung und Erleichterung», sagt Fiala, die in der parlamentarischen Gruppe Auslandsschweizer mitmacht.

Für Fiala ist es nur konsequent, «die Demokratie ins 21. Jahrhundert zu überführen». Die Bevölkerung nutze digitale Dienste immer mehr im Alltag. Beim E-Voting stünden die Entwickler allerdings vor den komplexesten IT-Problemen: «Auf der einen Seite muss jede Stimme richtig gezählt werden, auf der anderen Seite das Stimmgeheimnis gewahrt bleiben.» Die im System der Post erkannten Mängel findet die Nationalrätin «erheblich». Auch sie riet, mit der Gesetzesrevision zu pausieren: «Es geht um Vertrauen.»

Mehr als nur Technik

Was auffällt: Die Positionen pro und kontra E-Voting sind nicht vom Alter oder der Einstellung zur Digitalisierung geprägt. Unter den Gegnern finden sich viele IT-Kenner. Auch das übliche Links-rechts-Schema spielt keine Rolle. Das habe mit der Dimension des Themas zu tun, erklärt Beobachterin Adrienne Fichter, Techjournalistin beim Online-Magazin «Republik»: «Am Beispiel des E-Votings wird zum ersten Mal politisch über digitale Technologie geredet.» Auch wenn ähnliche Argumente wie bei der Briefwahl vorgebracht würden, gehe es beim E-Voting um viel mehr: «Ein Insider kann unbemerkt Zehntausende Stimmen manipulieren.» Das habe der Sicherheitstest beim Post-System gezeigt. Fichter, Herausgeberin des Buches «Smartphone-Demokratie», begrüsst die entstandene Debatte als Anfang eines «aufklärerischen Diskurses» über Chancen und Risiken der digitalen Demokratie. Dafür sei es höchste Zeit, andere Länder sollten sich an der Schweiz ein Beispiel nehmen.

E-Voting ist nicht gestoppt, aber gebremst. Die Auslandsschweizer-Organisation ASO reagierte Ende Juni «konsterniert» auf die neue Entwicklung. Den Auslandsschweizern würden faktisch ihre politischen Rechte verwehrt, kritisierte die ASO in einer Medienmitteilung.

Online wählen?

Am 20. Oktober finden in der Schweiz die National- und Ständeratswahlen statt. Ob die Kantone dabei die elektronische Stimmabgabe anbieten dürfen, war bei Redaktionsschluss der «Schweizer Revue» noch offen. Der Bundesrat entscheidet im August. Für die Wahlen mussten die Kantone separate Gesuche einreichen. Die Bewilligung, die sie für den E-Voting Versuchsbetrieb bei Abstimmungen besitzen, gilt nicht automatisch.

Bei den letzten nationalen Wahlen 2015 war es in vier Kantonen möglich, per Internet zu wählen.

[SWE]

Das Geheimnis um die Finanzierung politischer Kampagnen schürt Neid

Die Schweiz wird vom Europarat regelmässig wegen der mangelnden Transparenz bei der Finanzierung politischer Kampagnen kritisiert. Der Kern des Problems: Wer mehr Mittel einsetzt, wird besser gehört.

STÉPHANE HERZOG

Wird die Schweiz bald ihr System der Parteien- und Kampagnenfinanzierung offenlegen? Das zumindest will die von SP, den Grünen und der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) getragene Transparenz-Initiative. Sie lehnt sich an Vorlagen an, wie sie bereits in den Kantonen Genf, Tessin, Neuenburg, Freiburg und Schwyz angenommen wurden. Die Stossrichtung lautet: Parteien sollen ihre Kampagnenkonto veröffentlichen und die Herkunft von Spenden von über 10 000 Franken deklarieren müssen.

Heute ist es kaum möglich, die Ausgaben für Kampagnen oder Wahlen im Detail in Erfahrung zu bringen. «Die Transparenz fehlt komplett», sagt Georg Lutz, Direktor des Schweizer Kompetenzzentrums Sozialwissenschaften, zur gegenwärtigen Situation. Dies ist der Hauptgrund, warum die Schweiz regelmässig vom Europarat unter Beschuss genommen wird, respektive von dessen Staatengruppe gegen Korruption (GRECO). «Die Gruppe wurde zur Bekämpfung der Korruption in den osteuropäischen Ländern gegründet», erinnert Andreas Ladner, Direktor des Instituts für öffentliche Verwaltung der Universität Lausanne.

In der Schweiz ist Politik Privatsache

Die Kritik der GRECO-Berichte wiederholt sich: «Es bestehen keinerlei Einschränkungen für Spenden (...) und keine Verpflichtung zur Veröffentlichung der Buchungsbelege durch die Parteien.» In der Schweiz, die über kein Gesetz über politische Parteien verfügt, bleiben diese Dinge Privatsache. «Die Parteien werden oft auf kantonaler und kommunaler Ebene in kleinen oder sogar sehr kleinen Vereinen organisiert», konstatiert GRECO. Als Folge davon verfügen die Parteiapparate auf Bundesebene oft über sehr bescheidene Mittel. «Eine Gesetzgebung, die auf alle Akteure des politischen Lebens anwendbar ist, würde erhebliche Administrativarbeit und Kosten verursachen», sagt dazu der Bundesrat. Anfang Mai entschied die Staatspolitische Kommission des Ständerates, einen Gegenvorschlag zur Initiative zu unterstützen, schlägt als Untergrenze für deklarationspflichtige Spenden jedoch 25 000 Franken vor.



Politische Werbung, hier am Beispiel der Vollgeldinitiative, kostet Geld – viel Geld. Trotzdem fehlten in der Schweiz die griffigen Transparenzregeln, kritisiert der Europarat.

Foto Keystone

Ins Visier nehmen die Befürworter eines Transparenzgesetzes primär die Rechte, insbesondere die SVP. Deren angriffige Kampagnen erhielten regelmässig sehr substanzielle finanzielle Unterstützung, mitunter von SVP-Übervater Christoph Blocher. An Offenlegung politischer Finanzierung liegt der SVP wenig: «Wieviel Geld investiere ich in eine Wahlkampagne? Wie hoch ist der Anteil von Spenden und Eigenmitteln in diesem Paket? Das ist meine finanzielle Privatsphäre», beschied Ständeratskandidat Roger

Immer teurere Wahlen?

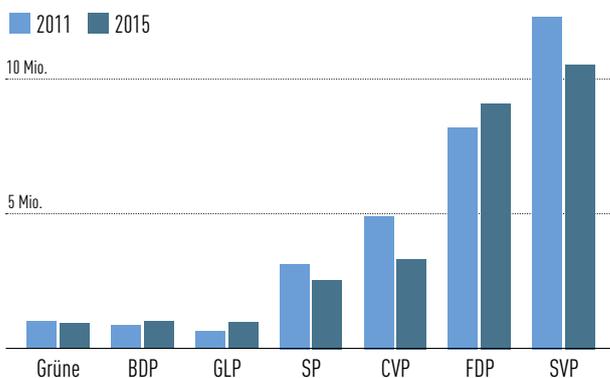
Die kommenden Wahlen werden alle Kostenrekorde schlagen. «Diese Ankündigung wiederholt sich jedes Mal, es gibt darüber jedoch keine genauen Daten und die Angaben zu den Kosten hängen zudem von der Erhebungsmethode ab», sagt Andreas Ladner. Fürs Jahr 2018 schätzte die Agentur Media Focus die Werbekosten für die nationale politische Kampagne auf 55,5 Millionen Franken, ein markanter Zuwachs gegenüber 2017. Zuvor, im Wahljahr 2015, stellte die Schweizer Wahlstudie «Selects» den Kandidaten die Frage nach ihren Ausgaben für den Wahlkampf. Die Antwort: insgesamt 29 Millionen Franken. Am meisten gab die FDP aus, gefolgt von CVP, SVP und SP. Die Ausgaben der nationalen, kantonalen und lokalen Parteien und der Vereine dürften diese Zahl verdoppelt haben. Ein weiteres Beispiel: 2015 betrug die von den Steuern abgezogenen privaten Parteispenden in Genf fast 2,5 Millionen Franken (und schweizweit 50 Millionen). Sie wurden von 3200 Spendern in einem Kanton getätigt, der Spenden auf 10 000 Franken begrenzt. Was sich aus diesen Zahlen auch folgern lässt: Die Ausgaben pro Wählerin oder Wähler sind mit denen in den Vereinigten Staaten vergleichbar. (SH)

Köppel (ZH) kürzlich den Medien. Er findet, «dass das Wahlgeheimnis in der Schweiz lebenswichtig für den Rechtsstaat und die Demokratie ist.»

Transparenz führt wohl zu weniger Spenden

Welches Problem stellt fehlende Transparenz denn überhaupt dar? Die von der «Schweizer Revue» befragten Politologen weisen zuerst auf eine ethische Frage hin. «Es gibt bereits eine grundlegende Ungleichheit, denn die Einflussmacht der Interessengruppen ist sehr unterschiedlich. Es wäre deshalb nicht mehr als normal, wenn die Öffentlich-

**National- und Ständeratswahlen 2011 und 2015:
Gesamtausgaben der Parteien für Print-, Internet- und Plakatwerbung**



Die SVP hat 2015 den teuersten Wahlkampf aller Parteien geführt: 10,6 Millionen Franken investierte sie in Print-, Internet- und Plakatwerbung. Im Gegensatz zur FDP, die ihre Werbeausgaben erhöhte, gab die SVP im Vergleich zu 2011 allerdings fast 2 Millionen weniger aus und konnte bei den Wähleranteilen (+2,8%) dennoch mehr zulegen als die Freisinnigen.

keit wüsste, wer wen finanziert», sagt Georg Lutz. Laut diesem Forscher hätte Transparenz möglicherweise eine Veränderung des Verhaltens der Grossspender zur Folge. Davor fürchte sich besonders die Rechte. Transparenz würde jedoch zumindest die politischen Absichten sichtbar machen: «Denn wenn juristische Personen in Kampagnen investieren, ist es wohl deshalb, weil sie etwas zurückerwarten.»

«Wenn der Chef von Ricola in eine Kampagne investiert, will er nicht, dass seine Marke mit einer Partei in Verbindung gebracht wird, denn er möchte an alle verkaufen», stellt sich Andreas Ladner vor, für den die Quellen der grossen Spenden ein offenes Geheimnis sind.

Allerdings: Geld ist keine Garantie für den Erfolg einer Kampagne. Das Geheimnis der Macht liegt vielmehr in der Fähigkeit zu mobilisieren, Mehrheiten zu finden. Laut einer Studie des Instituts Sotomo gab die SVP im Jahr 2011 gut sechsmal so viel pro Parlamentssitz aus wie die Grünliberalen. Aber es waren die Grünliberalen, die zu den grossen Gewinnern der Wahlen 2011 gehörten.

Mehr Transparenz würde womöglich zu weniger Spenden führen. Für manche liegt die Lösung des Problems deshalb in einem Wechsel zu einem staatlichen Parteifinanzierungssystem. «Diese Idee kommt bei der Rechten aber nicht gut an», kommentiert Andreas Ladner, «denn sie zöge für die Finanzierung letztlich Steuererhöhungen nach sich. Die Linke würde diese befürworten, die Wählerschaft jedoch nicht unbedingt.» Ladner verweist zudem auf die Transparenzgesetze in Genf und im Tessin: In beiden Kantonen könne er keine Beruhigung in der Politik feststellen. Stattdessen blühten dort gut finanzierte populistische Parteien auf.

Ungleichheit zwischen den Parteien

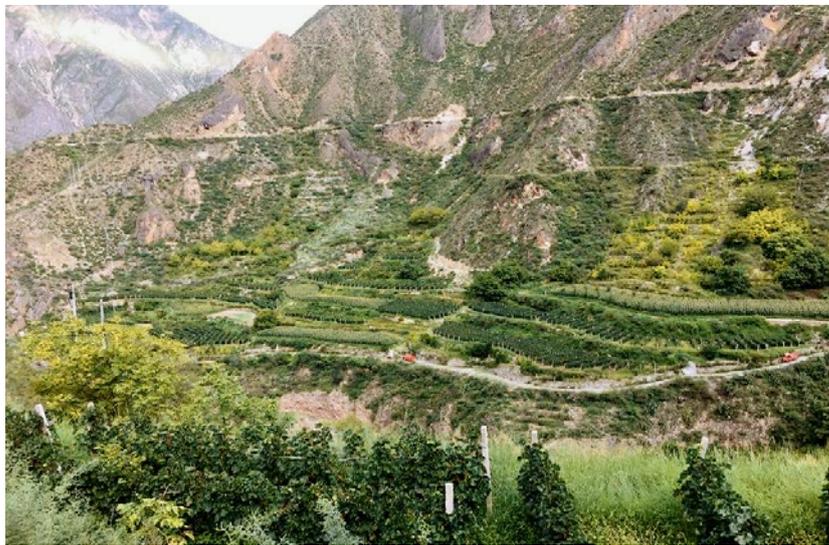
Politologe Ladner sagt, der Wunsch nach mehr Klarheit komme in erster Linie von der Schweizer Linken; und auf europäischer Ebene von einer Koalition aus Parteien, denen üblicherweise weniger Ressourcen zur Verfügung stünden. Ladners Überlegungen: «Gibt es in der Schweiz mehr Korruption? Und gibt es in Ländern mit einem staatlichen Finanzierungssystem wie Frankreich und Deutschland weniger? Wenn es ein Problem gibt, dann vielmehr dieses, dass eine ungleiche Ressourcenverteilung Ungerechtigkeiten schafft, denn Geld bewirkt in einem gewissen Sinn, dass die Argumente einer Partei mit mehr Mitteln besser gehört werden als die der anderen.» Was also tun? Er vermutet, «dass die Transparenz als politisches Argument in Kampagnen funktionieren könnte». Davon könnten jene Parteien profitieren, die auf diese Karte setzen. Ladner plädiert deshalb für eine praktische und logistische Unterstützung für Kleinparteien, «damit sie sich besser Gehör verschaffen können».





Walliser Wein vom Fusse des Himalayas

Am «Fête des Vignerons» in Vevey – dem grössten Winzerfest der Schweiz – steht dieses Jahr auch die Fünfte Schweiz im Fokus.



Das «Fête des Vignerons» ist ein Fest der ganz besonderen Art. Es findet lediglich alle rund 25 Jahre statt, dies aber bereits seit dem 17. Jahrhundert. Und längst dreht sich das Fest nicht nur um den Wein, sondern ist ein kultureller Höhepunkt für die ganze Region. Seit 2016 figuriert das «Fête des Vignerons» auf der Unesco-Liste des immateriellen Kulturerbes. Es war die erste «lebendige Tradition» der Schweiz, die überhaupt auf diese Liste aufgenommen wurde.

Das von der örtlichen Weinbruderschaft namens Confrérie des Vignerons organisierte Fest stellt dieses Jahr auch die Fünfte Schweiz in den Fokus. Sie widmet den 25. Juli den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern. Für sie soll Vevey für einen Tag zur Hauptstadt werden.

Gleichzeitig wird auch die Schweiz während des Fests mehr über im Aus-

land wirkende Schweizerinnen und Schweizer erfahren, beispielsweise über Winzer, die in ihrer zweiten Heimat hervorragende Weine keltern. Dank der Zusammenarbeit zwischen der Auslandschweizer-Organisation (ASO) und der Swiss Wine Promotion AG werden Schweizer Winzer an der Plattform Lacustre ihre Erzeugnisse vorstellen können.

Nach Vevey reisen werden Schweizer Winzer aus den klassischen Weinbauländern und -regionen Australien, Argentinien, Bulgarien, Frankreich, Italien, Kalifornien und Südafrika. Einen Weg ans grosse Fest sucht aber auch der Önologe Yves Roduit: Der gebürtige Walliser Roduit produziert heute in Tibet rund 15 000 Flaschen Wein pro Jahr. Er schätzt die dortige Lage – auf 2200 Meter über Meer – als so ideal ein, dass er auch den Anbau der im Wallis heimischen Rebsorte Pe-

Selbst an den steilen Flanken des Jangtsekiang-Tales entfaltet sich die Schweizer Weinbautradition. Foto ZVG

tite Arvine ins Auge fassen will. Yves Roduit wanderte 2014 nach Tibet aus, nicht um Buddhist zu werden, sondern um den ursprünglich von christlichen Missionaren in die Region getragenen Weinbau weiterzuführen. Es sei eine sehr ärmliche Gegend, die den ökonomischen Aufschwung Chinas kaum spüre, sagt Roduit. Er versteht sein Engagement denn auch als Stärkung der im Tal des Jangtsekiang (Provinz Yunnan) gelegenen lokalen, dörflichen Gemeinschaft. Längst sieht sich Roduit noch nicht am Ende des Weges und er sucht Investoren für Ausbauschritte. Die terrassierten Hanglagen im Jangtsekiang-Tal scheinen ihm dafür wie geschaffen. Überzeugen will er sie mit seiner besten Visitenkarte: seinem Wein.

Was es zur Kenntnis zu nehmen gilt: Wein aus China ist nicht so exotisch, wie dies aus schweizerischer Perspektive erscheinen mag. Das Land ist längst unter die Top Ten der weinproduzierenden Länder aufgestiegen. Hinter Leader Italien, Frankreich, USA, Spanien, Argentinien folgt die Volksrepublik China auf Rang 6, was die produzierte Menge anbelangt (2018). Die Schweiz liegt mit gut einer Million Hektoliter auf Rang 20. (MUL)

■ «Fête des Vignerons», 18. Juli bis 11. August 2019: www.fetedesvignerons.ch
 ■ Tag der Auslandschweizerinnen und -schweizer: ogy.de/aso-vevey

Auslandschweizer-Organisation (ASO)
 Alpenstrasse 26
 CH-3006 Bern
 Tel. +41 31 356 61 00
 Fax +41 31 356 61 01
info@aso.ch
www.aso.ch
www.revue.ch
www.swisscommunity.org



Unsere Partner:

educationsuisse
 Tel. +41 31 356 61 04
 Fax +41 31 356 61 01
info@educationsuisse.ch
www.educationsuisse.ch



Stiftung für junge Auslandschweizer
 Tel. +41 31 356 61 16
 Fax +41 31 356 61 01
info@sjas
www.sjas.ch



Stiftung für junge Auslandschweizer
 Fondation pour les enfants suisses à l'étranger
 Fondazione per i giovani svizzeri all'estero
 Fundaziun per giuven svizzers a l'ester

Von der Schweiz in die Ferne

Mit seiner Ausstellung «Die Schweiz anderswo» lädt das Schweizerische Nationalmuseum in Schyz zur Reflexion über das Thema Auswandern ein.



Zuerst eine Bildbetrachtung: Wir sehen ein junges Paar mit Kind auf einem prall gepackten Koffer sitzen. Seine Stiefel sind hochgeschnürt, sein Hut ist etwas zerknittert, aber der Krawattenknopf sitzt. Ihre Garderobe wiederum scheint für einen freudigen Sonntagsausflug genau die richtige. Der Blick der beiden ist erwartungsfroh. Oder widerspiegelt er Spannung und Unsicherheit? Etwas verrät das Bild nämlich nicht auf Anhieb: Wir sind hier im Hauptbahnhof Zürich, ums Jahr 1930, vor dem Raucherabteil eines 3.-Klass-Wagens der SBB – und das Paar gehört zu einem Kontingent von 40 unbemittelten Schweizer Arbeitslosen, das nach Brasilien abreist. Das Ziel war, dort als Pflanzler in den Urwaldgebenden eine neue Existenz aufzubauen. Es war staatlich geförderter Export von Armut: Die Agentur

Vor der Abfahrt am Zürcher Hauptbahnhof, um 1930. Foto Keystone

«Arbeits-Notgemeinschaft für Siedlung und Auswanderung» (ANSA) wurde für ihre Begleitung Auswanderungswilliger von der Eidgenossenschaft subventioniert.

Es sind unter anderem solche Erinnerungen ans «Auswanderungsland Schweiz», welche die bemerkenswerte Ausstellung «Die Schweiz anderswo» in Schyz anklingen lässt. Die Ausstellung erzählt von früheren und heutigen Auswanderern, geht ihren Motiven und Hoffnungen nach, thematisiert die Gründung der Auslandschweizer-Organisation (ASO) und zeigt letztlich auch, wie sehr Wanderbewegungen zur historischen Normalität gehören.

Für in der Schweiz weilende Gäste aus der «Fünften Schweiz» ist die Ausstellung von besonderem Wert, zumal sie an verschiedenen Begleitveranstaltungen sehr direkt angesprochen werden. So wandelt sich die Ausstellung etwa am 11. und 22. September 2019 von 13.00 bis 16.00 Uhr in ein «Büro für Migrationsgeschichten»: Besucherinnen und Besucher sind dann eingeladen, Auswanderungsgeschichten aus ihrer Familie zu erzählen und diese für sich schreiben zu lassen.

Ein neues Buch verleiht der Ausstellung zusätzliche Tiefe: Leo Schelberts Werk «Von der Schweiz anderswo» zeigt anhand von Hunderten von Schweizerinnen und Schweizern beispielhaft, wie vielfältig eine Nation in der Welt präsent ist: Mit Söldnern und Missionaren, Berufsleuten und Auswanderern auf der Suche nach Glück und einem besseren Leben. Damit unterstreicht das Buch auch: Nationen waren nie abgeschlossene Gebilde, waren und sind immer mit der Welt verflochten. (MUL)

■ Ausstellung «Die Schweiz anderswo», Schweizerisches Nationalmuseum, Forum Schweizer Geschichte Schyz, Zeughausstrasse 5, 6431 Schyz. Die Ausstellung dauert bis am 29. September 2019. www.nationalmuseum.ch/d/schyz/

■ Leo Schelbert: «Von der Schweiz anderswo. Historische Skizze der globalen Präsenz einer Nation.» (deutsche Ausgabe) / «Switzerland elsewhere. Historical Sketch of the Global Presence of a Nation» (englische Ausgabe); 320 Seiten, gebunden, Limmat Verlag, 8031 Zürich; 38 Franken / 40 Euro.

IMPRESSUM: «Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, erscheint im 45. Jahrgang in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache in 14 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 418 000 Exemplaren (davon Online-Versand: 223 000).

Regionalnachrichten erscheinen viermal im Jahr. Die Auftraggeber von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin. REDAKTION: Marc Lettau, Chefredaktor (MUL); Stéphane Herzog (SH); Theodora Peter (TP); Susanne Wenger (SWE);

Simone Flubacher (SF), Auslandschweizerbeziehungen EDA, 3003 Bern, verantwortlich für «news.admin.ch». REDAKTIONSSISTENZ: Sandra Krebs ÜBERSETZUNG: SwissGlobal Language Services AG; GESTALTUNG: Joseph Haas POSTADRESSE: Herausgeber/Sitz der Redaktion/Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation,

Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz. Tel. +41 31 356 61 10, Fax. +41 31 356 61 01, PC 30-6768-9. e-mail: revue@aso.ch DRUCK & PRODUKTION: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen. Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer erhalten das Magazin gratis.

Nichtauslandschweizer können das Magazin für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.–). Abonnenten wird das Magazin manuell aus Bern zugestellt. www.revue.ch

REDAKTIONSSCHLUSS dieser Ausgabe: 23. Mai 2019

ADRESSÄNDERUNG: Bitte teilen Sie Ihre neue Adresse Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit.





Die Zukunft im Visier

Der Auslandschweizer-Kongress vom 16. bis 18. August 2019 in Montreux nimmt sich grossen Zukunftsfragen an, zusammen mit hochkarätigen Experten.

Fürs Kernthema des Kongresses – der Zukunftsfrage «Welche Welt für morgen» – konnte die Auslandschweizer-Organisation (ASO) namhafte Referentinnen und Referenten verpflichten. Dem ganz grossen Bild will sich in Montreux Francesco Pisano widmen: Der Direktor der Bibliothek der vereinten Nationen nimmt sich der Agenda 2030 an, also dem «Programm zur Sicherung der Zukunft des Planeten». Über das ebenfalls globale Zukunftsthema Klimawandel wird derweil Martine Rebetez, die renommierte Professorin für angewandte Klimatologie der Universität Neuenburg, referieren. Welche Arbeitswelt für morgen? Auch das ist Teil der grossen Zukunftsfrage. Pierre-Yves Maillard, der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wird sich ihr quasi als oberster Arbeitnehmervertreter der Schweiz annehmen. Ihm gegenüber steht in Montreux – nebst anderen – Cristina Gaggini, die Direktorin des Westschweizer Ablegers des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse. Wie sieht die Politik der Zukunft aus? Die Digitalisierung wird sie prägen und vor allem herausfordern, was wiederum das Thema ist, das Matthias Stürmer bestens kennt. Er leitet die Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit der Universität Bern. Zudem wird die Politik der Zukunft womöglich weniger von den etablierten Parteien, sondern stärker von Think Tanks geprägt. Von dieser Vision der jungen Generation politisch Interessierter reden am Kongress Salomé Vogt (Think Tank Foraus) und Laura Zimmermann (Operation Libero). (ASO)

Weitere Informationen zum Kongress: oggy.de/montreux2019
Anmeldeschluss ist der 26. Juli 2019.

Eine Auslandschweizerin im Medizinstudium in der Schweiz

Educatiosuisse berät junge Auslandschweizerinnen und -schweizer, die für ihre Ausbildung in die Schweiz kommen. Katia Steinfeld ist eine von ihnen. Sie berichtet über ihre Erfahrungen an der Universität Lausanne.

«Ich bin schweizerischer und brasilianischer Herkunft und in Rio de Janeiro aufgewachsen. Dort habe ich mit dem Medizinstudium begonnen. Auf der Suche nach Möglichkeiten, meine Ausbildung ausserhalb Brasiliens fortzusetzen, habe ich educationsuisse kontaktiert. Diese Organisation informierte mich über das Medizinstudium in der Schweiz und hat mich bei meinem Stipendiengesuch in meinem Heimatkanton unterstützt. Die Universität Lausanne (UNIL) anerkannte meine Studienzeit in Brasilien teilweise an und somit konnte ich 2016 mein Studium in der Schweiz weiterführen.



Katia Steinfeld. Foto zvg

Die ersten sechs Monate in der Schweiz waren schwierig. Ich musste mich erst an den Lebensstil, das Klima und das Alleinsein gewöhnen. Auch machte ich mir Sorgen bezüglich der Anforderungen der Universität und meinen finanziellen Ressourcen.

Jedoch haben mich die Qualität des Unterrichts und das Gefühl von Freiheit immer wieder aufs Neue motiviert. Es machte mir Freude, die Kultur und das Land zu entdecken, das auch meines ist, und neue Beziehungen und starke Freundschaften aufzubauen, die mich stützten.

Auch habe ich mich in Aktivitäten ausserhalb des Studiums engagiert, die mir am Herzen lagen. Im Jahr 2017 nahm ich beispielsweise an einem von der UNIL und der Clinton Foundation ausgeschriebenen Wettbewerb teil. Ich wurde

ausgewählt, die Universität an der Clinton Global Initiative University in Boston (USA) zu vertreten. Dank diesem Wettbewerb konnte ich mein Projekt Escolhares umsetzen. Mittlerweile ist daraus ein Verein geworden, der zwischen 2016 und 2019 bereits ophthalmologische Vorsorgeuntersuchungen organisieren und mehr als 2000 Schüler in benachteiligten Stadtteilen von Rio de Janeiro mit Brillen versorgen konnte.

Vor kurzem habe ich am «World's Challenge Challenge»-Wettbewerb der UNIL teilgenommen. Das Projekt meines Teams, EcoBlock in Burkina Faso, gewann die erste interne Auswahlphase.

Auf akademischer Ebene überrascht mich immer wieder die grosse Vielfalt an Kursen und Praktika, welche die UNIL anbietet. Ich hatte die Gelegenheit, die Welt der Forschung zu entdecken. Dies insbesondere während meiner Masterarbeit auf dem Gebiet der grundlegenden Neurowissenschaften. Diese Erfahrungen haben meine Zukunftspläne verändert, so dass ich nun ein Doktorat plane.

Abschliessend kann ich sagen, dass mein Umzug in die Schweiz viel zu meiner persönlichen Entwicklung beigetragen hat. Ich habe meine Wurzeln wiederentdeckt und kann nun einen Teil meiner Identität besser verstehen. Auch habe ich an Selbstvertrauen gewonnen. Ich wurde selbstständiger, konnte Beziehungen aufbauen und neue Zukunftsperspektiven entwickeln. Dies alles, während ich eine ausgezeichnete medizinische Ausbildung absolvierte. Deshalb ermutige ich andere junge Auslandschweizerinnen und -schweizer, solche Gelegenheiten zu nutzen.»

Auf der Facebookseite von educationsuisse und auf www.educationsuisse.ch werden regelmässig Erfahrungsberichte von jungen Auslandschweizerinnen und -schweizern veröffentlicht. (RG)

educationsuisse, Ausbildung in der Schweiz,
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
Telefon: +41 31 356 61 04, info@educationsuisse.ch,
www.educationsuisse.ch

Die winterlichen Schweizer Berge entdecken

Versneite Landschaften, Wintersport und Lagerleben – dies ist das Programm für Jugendliche und junge Erwachsene für diesen Winter.

Der Jugenddienst der Auslandschweizer-Organisation bietet zwei Sportlager in den Waadtländer und Walliser Alpen an. Die Teilnehmenden können die Freuden des Schneesports entdecken und den Jahreswechsel mit jungen Menschen aus aller Welt feiern.



Neujahres-Skilager in Les Diablerets (VD) vom 27.12.2019 bis 4.1.2020

Ein vielfältiges Programm im Herzen der Waadtländer Alpen erwartet die Teilnehmenden! Neben den Ski- und Snowboardkursen in Kleingruppen bleibt Zeit für ein abwechslungsreiches Begleitprogramm und neue Freundschaften. Um die Gäste kümmert sich ein Team ausgebildeter Betreuerinnen und Betreuer. Dieses Angebot richtet sich an Jugendliche von 15 bis 18 Jahren.
www.lesbosquets.ch und www.villars-diablerets.ch/de

Wintersportlager in Anzère (VS) vom 27.12.2019 bis 4.1.2020

In diesem Winter bieten wir auch ein Wintersportlager in den Walliser Alpen für junge Erwachsene ab 18 Jahren an. Das Ski- und Snowboardlager findet in Anzère statt. Ein kleiner Vorgeschmack auf das Skigebiet: www.anzere.ch

Anmeldebeginn

Das Anmeldeformular für die Winterlager ist ab dem 2. September 2019 online. Weitere Informationen finden Sie auf www.aso.ch und www.swisscommunity.org (MB)

Kontakt Jugenddienst

Jugenddienst der ASO, Alpenstrasse 26, 3006 Bern
Telefon: +41 31 356 61 00, E-Mail: youth@aso.ch
Facebook: www.facebook.com/ASOyouth

Unkomplizierte Anreise mit dem ÖV

Dank dem Swiss Travel Pass Youth reisen die Teilnehmenden unabhängig an die Destinationen – und durchs ganze Land. www.myswitzerland.com/swisstravelsystem

Winterlager für Kinder von 8 bis 14 Jahren

Ob Skifahrer oder Snowboarder, Anfänger oder Fortgeschrittener, in unserem Winterlager können 8- bis 14-jährige Auslandschweizer-Kinder eine tolle Zeit verbringen.

Winterlager in Valbella (GR)

Datum: Donnerstag, 26. Dezember 2019 bis

Samstag, 4. Januar 2020

Anzahl Teilnehmende: 42

Kosten: CHF 900.– Lagerbeitrag

Miete Ski oder Snowboard: zirka CHF 150.–

Anmeldeschluss: 30. September 2019

Anmeldung

Die genauen Angaben zum Winterlager und das Anmeldeformular finden Sie ab Montag, 2. September 2019 unter <http://sjas.ch/de>.

In begründeten Fällen werden Beitragsreduktionen gewährt. Das entsprechende Formular kann auf dem Anmeldeformular bestellt werden. Auf Anfrage stellen wir Ihnen unsere Informationsbroschüre gerne auch per Post zu.

Auskünfte und Informationen:

Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS)

Alpenstrasse 26, 3006 Bern, SCHWEIZ

Telefon: +41 31 356 61 16, Fax +41 31 356 61 01

E-Mail: info@sjas.ch, www.sjas.ch

Ab ins Juskila!

Vom 2. bis 8. Januar 2020 verbringen 600 13- und 14-Jährige eine Schneesportwoche an der Lenk im Berner Oberland – und das bereits zum 79. Mal! Unter den 600 Ausgelosten werden 25 Auslandschweizerinnen und -schweizer sein.

Wenn am 2. Januar 2020 600 Mädchen und Jungs im Alter von 13 und 14 Jahren aus allen Ecken der Schweiz per Extrazug an die Lenk im Simmental reisen, wird ein weiteres Juskila-Kapitel eröffnet. Bereits zum 79. Mal laden Swiss-Ski und seine Partner zum grössten Schneesportlager der Schweiz ein. Diesmal sind Kinder mit den Jahrgängen 2005 und 2006 an der Reihe.

Wer am Jugendskilager (Juskila) teilnehmen möchte, muss sich mindestens in einer von drei Schweizer Landessprachen (Deutsch, Französisch oder Italienisch) verständigen können. Die Lagerplätze werden ausgelost, der Gewinn beinhaltet die Teilnahme am Lager inklusive Schneesportunterricht, Essen und Unterkunft. Organisation und Finanzierung der Hin- und Rückreise liegen in der

Verantwortung der Eltern. Welche 25 Auslandschweizerinnen und -schweizer einen Platz gewonnen haben, wird Ende September bekannt gegeben.

Lagerkosten

Im Preis inbegriffen sind Zugtickets mit Gültigkeit innerhalb der Schweiz, Verpflegung, Unterkunft, Skiabo, Schneesportunterricht etc. **CHF 120.–**

Mietkosten für die Wintersportausrüstung

Ski, Stöcke und Skischuhe **CHF 50.–**

oder Snowboard und Snowboardschuhe **CHF 150.–**

Talon für die Auslosung – JUSKILA Lenk (2. bis 8. Januar 2020)

Bitte in gut lesbarer Druckschrift ausfüllen.

Vorname: _____

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Land: _____

Geburtsdatum: _____

Name der / des Erziehungsberechtigten: _____

Mädchen Knabe

Heimatgemeinde in der Schweiz (siehe Pass / ID): _____

E-Mail Eltern: _____

Telefon Eltern: _____

Sportart: Ski alpin Snowboard

Nur ein Feld ankreuzen! Nach der Verlosung kann die Sportart nicht mehr gewechselt werden.

Sprache Kind: Deutsch Französisch Italienisch

Unterschrift der / des Erziehungsberechtigten: _____

Unterschrift des Kindes: _____

Einsendung des Talons zusammen mit einer Kopie des Schweizer Passes eines Elternteils oder des Kindes bis 15. September 2019 (Datum des Eingangs) an:
Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS),
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, SCHWEIZ

Auskünfte und Informationen: Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS), Tel. +41 31 356 61 16, Fax +41 31 356 61 01, E-Mail: info@sjas.ch, www.sjas.ch



© Bundeskanzlei

Parlamentswahlen 2019: Wahlhilfe für Bürgerinnen und Bürger

Die Parlamentswahlen rücken näher: Am 20. Oktober 2019 wählen die Schweizerinnen und Schweizer die Mitglieder des National- und Ständerats für die Legislaturperiode 2019–2023.

Können auch Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer wählen? Was muss ich tun, damit ich an den Wahlen teilnehmen kann? Antworten und Informationen zu diesen und anderen Fragen finden Sie auf ch.ch/wahlen2019.

Am 20. Oktober 2019 wählen die Schweizerinnen und Schweizer die 200 Mitglieder des Nationalrats sowie 45 Mitglieder des Ständerats. Ob Neuling oder alter Hase, auf der offiziellen Plattform ch.ch/wahlen2019 finden Sie ausführliche Informationen und Erläuterungen, die Ihnen beim Ausfüllen Ihres Wahlzettels nützlich sind.

Dank der Grafiken, Illustrationen, interaktiven Karten und Erklärvideos auf ch.ch/wahlen2019 ist Wählen keine

Hexerei. Begriffe wie Kumulieren, Panaschieren, Streichen oder leerer Stimmzettel werden nicht nur in den Texten, sondern auch in den Filmen und im Wahlwörterbuch erklärt.

Den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern widmet das Portal ein eigenes Kapitel, was es der Fünften Schweiz noch einfacher macht, an die notwendigen Informationen zur Ausübung des Wahlrechts zu gelangen.

Ergänzt werden die Informationen der Behörden durch die auf dem Portal ch.ch/wahlen2019 bereits jetzt verfügbaren offiziellen Erläuterungen der Bundeskanzlei, welche die Stimmberechtigten zusammen mit dem Wahlmaterial erhalten. Einige Wochen vor

den Wahlen werden die Listen aller Kandidatinnen und Kandidaten für die eidgenössischen Räte publiziert.

Die Publikation aller Resultate der eidgenössischen Wahlen sowie die Informationen zur Stärke der Parteien und zur Wahlbeteiligung, erfolgt am 20. Oktober 2019 auf ch.ch/wahlen2019. Die Wahlergebnisse werden auch über den Twitter-Account von ch.ch verbreitet.

Das Portal steht in fünf Sprachen zur Verfügung: Deutsch, Französisch, Italienisch, Rätoromanisch und Englisch. Damit Gehörlose und Hörbehinderte den Wahlerläuterungen ebenfalls folgen können, gibt es alle Erklärvideos auch in Gebärdensprache. Ausserdem sind die Inhalte an die Bedürfnisse von Blinden und Sehbehinderten angepasst. ch.ch/wahlen2019 ist eine offizielle Website der Bundeskanzlei, die in Zusammenarbeit mit den Kantonen und dem Bundesamt für Statistik erstellt wurde.

Was muss ich nach dem Brexit tun?

Was bedeutet der Brexit für mich, wenn ich bereits im United Kingdom (UK) lebe und arbeite? Was muss ich tun, wenn ich nach dem Brexit dort leben oder arbeiten will? Welche Einreisebestimmungen gelten nach dem Brexit? – Antworten auf diese Fragen liefert die neue Publikation «Schweizer/innen im UK nach dem BREXIT». Die vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) herausgegebene Publikation bündelt damit die vorhandenen Informationen zum Thema Brexit und Migration an einem Ort. Die dabei genutzten Quellen sind in erster Linie die Internetseiten der Schweizer Botschaft in London, des Staatssekretariats für Migration SEM und des in dieser Sache massgeblichen britischen Innenministeriums (UK Home Office).



Direkter Kurzlink zur Brexit-Publikation: ogy.de/flyer-brexit

HELPLINE EDA

☎ Schweiz +41 800 24 7 365
 ☎ Ausland +41 58 465 33 33
 E-Mail: helpline@eda.admin.ch
 Skype: helpline-eda

Reisehinweise

www.eda.admin.ch/reisehinweise
 ☎ Schweiz +41 800 24 7 365
 ☎ Ausland +41 58 465 33 33
[www.twitter.com/travel_edadfae](https://twitter.com/travel_edadfae)

itineris

Online-Registrierung für Schweizerinnen und Schweizer auf Auslandsreisen
www.eda.admin.ch/itineris



Plane gut.
Reise gut.

Die kostenlose App für iOS und Android

Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt. Am 20. Oktober 2019 finden Nationalratswahlen statt.

Informationen zu den Nationalratswahlen finden Sie auf www.ch.ch/wahlen2019. Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates, Vote électronique etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VoteInfo» der Bundeskanzlei.

Der Bundesrat hat beschlossen, auf die Durchführung einer eidgenössischen Volksabstimmung am 24. November 2019 zu verzichten. Nächster Abstimmungstermin ist der 9. Februar 2020.

Volksinitiativen

Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- «Für eine generationengerechte Altersvorsorge (Vorsorge Ja – aber fair)» (2.10.2020)
- «Ja zur Abschaffung der Zeitumstellung» (9.10.2020)
- «Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)» (30.10.2020)

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen



Verantwortlich für die amtlichen Mitteilungen des EDA:
Simone Flubacher, Auslandschweizerbeziehungen
Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz
Telefon: +41 800 24 7 365 oder +41 58 465 33 33
www.eda.admin.ch, mail: helpline@eda.admin.ch

AUSLANDSCHWEIZER AUF INSTAGRAM



Aufbruch ins Unbekannte

Eva Hefti wagte das grosse Abenteuer und zog mit ihrer Familie nach Neuseeland, ohne die Insel vorher besucht zu haben. Die 39-jährige Bernerin schätzt besonders das warme Klima im Kiwiland.

Mein Job: Ich gehe hier keiner bezahlten Tätigkeit nach und bin meistens mit meinen drei Buben unterwegs. Allerdings führe ich gemeinsam mit Freundinnen unser Familien-Online-Magazin Kleinstadt.ch weiter. Diese Arbeit hilft mir, hier ein gutes Gleichgewicht zu finden.

Mein Neuseeland: Unser Alltag unterscheidet sich nicht massiv von demjenigen in der Schweiz, aber die Arbeitstage meines Mannes sind viel kürzer, und wir verbringen sehr viel Zeit als Familie zum Beispiel am Strand oder in der Natur. Die Weite und die menschenleeren, wunderschönen Strände sowie das angenehme Klima gefallen uns hier sehr. Auch ist die Mentalität insgesamt unkomplizierter als in der Schweiz, «no worries» ist der Standardsatz der Neuseeländer.

Meine Schweiz: Wir planen einen Aufenthalt für rund zwei Jahre und werden dann voraussichtlich wieder in die Schweiz zurückkehren. Die geringe Bevölkerungsdichte, der fehlende ÖV und die Abwesenheit sind wohl die grössten Unterschiede zur Schweiz. Ich habe realisiert, dass wir oft wohl einen zu perfektionistischen Ansatz haben und vieles auch mit etwas weniger Aufwand gehen würde.

Mein Herz: Obwohl ich fließend Englisch spreche, merke ich schon, dass besonders tiefgehende Gespräche nicht gleich leicht zu führen sind wie in meiner Muttersprache. Das hemmt mich manchmal. Und obwohl wir Freundschaften geknüpft haben, ist es doch etwas anderes, nur mit Menschen zusammen zu sein, die einen erst seit kurzer Zeit kennen.

Das ausführliche Interview ist auf swissinfo.ch, dem zehnsprachigen Online-Service der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR), erschienen. Leben Sie auch im Ausland? Markieren Sie auf Instagram Ihre Bilder mit [#WeAreSwissAbroad](https://www.instagram.com/hashtag/weare-swiss-abroad).

Monumentale Formate mit Sogwirkung

Die fotorealistischen Gemälde von Franz Gertsch gehören zu den Meisterwerken seines Schaffens. Zum 89. Geburtstag des Schweizer Künstlers hat das Museum Franz Gertsch in Burgdorf (BE) dieses Jahr einen Erweiterungsbau eröffnet. Hier hat die Werkgruppe «Vier Jahreszeiten» nun einen massgeschneiderten Raum erhalten, in dem sie ihre atemberaubende Sogwirkung entfalten kann und dauerhaft präsentiert wird.

Das Wissen um die Existenz eines ihm gewidmeten Museums beflügelte Franz Gertsch seit den späten 1990er-Jahren nicht nur darin, in Räumen zu denken, sondern auch darin, ganze Werkgruppen für Räume zu schaffen. Den magistralen Vier-Jahreszeiten-Zyklus begann Franz Gertsch im Jahr 2007 mit dem Gemälde «Herbst» und vollendete ihn 2011 mit dem «Frühling».

Zu den Klassikern in Gertschs fotorealistischem Schaffen gehören zudem seine Frauenporträts. «Johanna I» (1983/84) ist das vorletzte in einer Reihe von Frauenporträts, die in den 1980er-Jahren auf ein Selbstbildnis des Künstlers folgten. Zu sehen sind in Burgdorf zudem Gertschs grossformatige Holzschnitte, die er auf handgeschöpftes Japanpapier druckte.

THEODORA PETER

Museum Franz Gertsch, Platanenstrasse 3, 3400 Burgdorf
www.museum-franzgertsch.ch

© Museum Franz Gertsch, Fotografie: Bernhard Strahm und Arno Stein





Ava und Paul



Anna Stern:
«Wild wie die Wellen
des Meeres»
Salis-Verlag, 2018
320 Seiten; CHF 32.00,
€ ca. 24.00

Die Hauptfigur des Romans «Wild wie die Wellen des Meeres» ist die scheue und eigenwillige Ava. Während des Studiums der Naturwissenschaften reist sie für ein Praktikum in ein Naturschutzgebiet in Schottland. Sie braucht Distanz zu ihrem Freund, dem Polizisten Paul, der zuhause in der Schweiz bleibt. Ava will sich aus den Zwängen befreien und gleichzeitig ein Kindheitstrauma überwinden.

Die Geschichte im Buch spielt auf zwei Ebenen. Einerseits wird in der erzählerischen Gegenwart Avas Aufenthalt in Schottland mit den eindrucksvollen Schilderungen der Natur und ihrer Leidenschaft für die Vogelwelt beschrieben. Sie lernt Einheimische kennen und es entstehen tiefe Freundschaften. Andererseits

wird die Vergangenheit rückwärts erzählt. Hier erfährt der Leser mehr über ihr Trauma, das mit dem frühen Tod ihrer Mutter verbunden ist, und dem darauffolgenden Aufwachsen in der Pflegefamilie, zu der auch Paul gehört. Die beiden verlieben sich ineinander und ziehen zusammen, doch Ava wird es eng in der Beziehung. Während ihres Auslandsaufenthaltes sucht der zurückgebliebene Paul nach den Ursachen ihres Traumas.

Als Ava auf einer einsamen Wanderung in der schottischen Bergwelt verunfallt, reist Paul zu ihr. Sie liegt schwerverletzt im Krankenhaus und er erfährt, dass Ava von ihm schwanger ist. Es folgen Wochen des Bangens, denn Ava liegt im Koma.

Die junge Autorin Anna Stern ist eine äusserst talentierte Newcomerin der Schweizer Literaturszene. Ihren vorliegenden Roman hat sie mit den zwei Erzählebenen geschickt komponiert. Eingestreute Fotos, Skizzen und handschriftliche Einträge illustrieren die Geschichte und lassen sie wie einen authentischen Bericht erscheinen. Das Buch zieht den Leser in seinen Bann. Es liest sich leicht, obwohl eine grosse Anzahl von Nebenfiguren auftreten. Der Erzählstil ist nüchtern, mit den naturwissenschaftlichen Exkursen manchmal etwas gar ausführlich. Hingegen erzeugt die Beschreibung der Landschaft und Natur von Schottland im Leser eine ganz besondere Stimmung. Und warum nicht einmal ein unerwartetes, fast sentimentales, Happy End?

Anna Stern, geboren 1990 in Rorschach, studierte Umweltnaturwissenschaften und doktoriert derzeit am Institut für Integrative Biologie der ETH. Veröffentlicht hat sie bereits zwei Romane und einen Erzählband. 2018 erhielt sie den Förderpreis der St. Gallischen Kulturstiftung und war Gewinnerin des 3sat-Preises an den 42. Tagen der deutschsprachigen Literatur in Klagenfurt.

RUTH VON GUNTEN

Ein Kammerorchester hebt ab



FOR SEASONS:
Deutsche Grammophon,
2017

BACH & SONS 2:
Berlin Classics,
2017

JOURNEY TO MOZART:
Deutsche Grammophon,
2018

Noch keine zehn Jahre ist es her, da schimmerte die Vergangenheit des Zürcher Kammerorchesters (ZKO) im schönsten Licht. Die Zukunft aber lag vermeintlich im Dunkeln. Noch 2015, als Roger Norrington als Principal Conductor das Orchester bereits vier Jahre lang zu Höchstleistungen vorangetrieben hatte, merkten nicht viele Zürcher, was sich da Prächtiges zusammengebraut hatte.

Eigenartig, denn das ZKO war damals der zeitgemässe Richtigmacher unter den Schweizer Orchestern. Und als dann Norrington eines schönen Abends in den Saal trat und sagte «Das wars!», erlebte das ZKO indirekt seinen Urknall. Alles war angerichtet, es brauchte nur noch jene neue Leitung, die sagte: «Jetzt heben wir ab!» Im Herbst 2016 war sie mit dem Geiger Daniel Hope gefunden: weltberühmt, ambitioniert, ein Musiker, der mit dem Publikum über viele Kanäle kommuniziert.

CD-Aufnahmen gehörten für diesen Künstler zum Geschäft wie das Verbeugen nach dem Konzert. Kaum hatte das ZKO die Instrumente das erste Mal gestimmt, standen die Mikrofone bereit. Die Auszeichnungen für die Taten folgten auf dem Fuss. Etwa für die CD «For Seasons». Zuerst ist es nur eine überaus muntere Einspielung der «Vier Jahreszeiten» von Vivaldi. Dann aber beginnt für Hope und sein Orchester das Jahr von vorn, und man begibt sich auf eine zwölfteilige Reise durch zwölf Monate mit Musik, die vom frühen 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart reicht und in Fotografien und Bildern eine Fortsetzung findet.

Gemässiger ist die CD «Bach & Sons 2». Angeführt vom deutschen Pianisten Sebastian Knauer zeigt sich das ZKO als motivierte Barockformation: Klavierkonzerte von J. S. Bach werden kombiniert mit solchen seiner Söhne Johann Christian und dem genialisch-verspielten Carl Philipp Emanuel. Die schönste ZKO-CD ist «Journey to Mozart», in der Hope die Luft rund um Mozart beschnuppert. «Diese CD ist eine Reflexion der Zeit durch meine Augen gesehen und meine Ohren gehört», sagt er. Hope spielt und dirigiert Werke von Gluck, Myslivecek, Solomon und Mozart. Auch der grosse Haydn ist mit dabei. «Haydns G-Dur-Konzert ist ein Juwel», schwärmt Hope, «jenes von Mozart aber eine Offenbarung. Haydn bleibt auf dem Boden der Schönheit, Mozart hebt ab.» Wie das Zürcher Kammerorchester.

CHRISTIAN BERZINS

Sven Epiney



Ein Samstagabend im März. Im Deutschschweizer Fernsehen läuft das Finale der Tanzshow «Darf ich bitten?» Die Spannung hält sich in Grenzen. Doch dann geschieht in der Live-Sendung Überraschendes. Der bekannte TV- und Radio-Moderator Sven Epiney, der als Kandidat in der Sendung mitmacht, fällt auf die Knie und macht seinem Tanz- und Lebenspartner einen Heiratsantrag. Ja-Wort, Umarmung, Freudentränen. Jemand bringt rote Rosen. «Gänsehaut-Moment», jubeln die Medien, «Epiney schreibt Fernseh- und Gleichstellungsgeschichte!» Zu erwarten war das nicht unbedingt. Der stets nette 47-Jährige aus dem Wallis, Moderator von Quiz- und Unterhaltungssendungen, war zuvor nie aus dem Rahmen gefallen. Solche Liebeserklärungen vor laufender Kamera kann man rührend oder befremdlich finden, doch eines ist klar: Das Private ist in diesem Fall politisch. Bald entscheidet das Schweizer Parlament, ob gleichgeschlechtliche Paare heiraten können. Diese haben heute die Möglichkeit, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen. Eine Art Ehe light, aber nicht mit den gleichen Rechten und Pflichten wie bei der traditionellen Form. Die Gesetzesänderung könnte eine Mehrheit finden. Das passt nicht allen. Nach Epineys Auftritt flutete üble Homophobie die Kommentarspalten. Beim Schweizer Fernsehen gingen Beschwerden ein. Der TV-Star habe eine gebührenfinanzierte Sendung für eigene Zwecke ausgenutzt, hiess es darin. Aber auch: Es sei «widernatürlich», wenn zwei Männer sich küssten. Der Ombudsmann des Fernsehens wies sämtliche Beanstandungen dezidiert ab. Derweil geniessen die Frischverlobten ihre Zweisamkeit, wie die Boulevardpresse berichtete. Wann Epineys öffentlich angebaute Hochzeit steigt, oder vielmehr: steigen darf, bleibt offen.

SUSANNE WENGER

Versicherung für ältere Arbeitslose geplant

Der Bundesrat plant eine neue Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose: Wer mit 58 Jahren seine Stelle verliert, soll nicht mehr unweigerlich in die Sozialhilfe fallen. Heute sind Überbrückungsleistungen nur für jene möglich, die nach ihrem 60. Geburtstag arbeitslos werden. Mit dem geplanten Sozialausbau will der Bundesrat auch auf die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union reagieren. Diese führt in gewissen Branchen zu mehr Konkurrenzdruck auf dem Schweizer Arbeitsmarkt. (MUL)

Donald Trump und Ueli Maurer im Dialog

Mitte Mai hat zum ersten Mal überhaupt ein amerikanischer Präsident einen Schweizer Bundespräsidenten offiziell im Weissen Haus empfangen. Gegenstand des Gesprächs zwischen Donald Trump und Bundespräsident Ueli Maurer (SVP) war unter anderem die Rolle der Schweiz in politischen Krisen: Sie vertritt in verschiedenen Ländern die diplomatischen Interessen der USA, so etwa im Iran, wo die USA keine Botschaft führen. Künftig soll die Schweiz die gleiche Rolle in Venezuela einnehmen. Die Schweiz wiederum erhofft sich vom Dialog mit Trump positive Auswirkungen auf die Handelsgespräche zwischen der Schweiz und den USA. (MUL)

Himmel voller Kampfflugzeuge

In den letzten Monaten durchkreuzten überdurchschnittlich viele Kampfflugzeuge den Schweizer Luftraum. Die Erklärung des Phänomens: Die Schweizer Armee plant den Kauf neuer Flugzeuge und unterzog deshalb fünf Typen einer genaueren Prüfung, nämlich den Eurofighter (Airbus, Deutschland), die F/A-18 Super Hornet (Boeing, USA), den Rafale (Dassault, Frankreich), die F-35A (Lockheed-Martin, USA) und den Gripen E (Saab, Schweden). Geprüft wurde unter anderem die Einsatzfähigkeit der Jets in der topografisch kleinräumigen und bergigen Schweiz. (MUL)

Ein demontierter Fussballclub steigt ab

Für die Schweizer Sportwelt ist es eine Zäsur: Der 1886 gegründete Fussballclub Grasshoppers Zürich (GC) steigt aus der obersten Liga, der Super League, ab. Der 27-fache Schweizer Meister ging in der Saison 2018/2019 chancenlos unter, allerdings nicht klanglos: Randalierende GC-Fans provozierten Spielabbrüche und Forfait-Niederlagen und demontierten das einstige Flaggschiff des Schweizer Fussballs zusätzlich. An der Tabellenspitze behaupteten sich derweil die Berner Young Boys als Rekordsieger: Noch nie stand ein Team so früh als Schweizer Meister fest. (MUL)



Schweiz.



DIE **NATUR** WILL
DICH **ZURÜCK.**

Alp Häcki, Engelberg, Luzern-Vierwaldstättersee, © Bruno Augsburger

Lass dich inspirieren unter [MySwitzerland.com/sommer](https://www.myswitzerland.com/sommer) und teile deine schönsten Erlebnisse mit **#VERLIEBTINDIESCHWEIZ**



Swiss Travel System.

